

Kommunistische Identitäten im Streit

Politisierung und Herrschaftslegitimation in den
kommunistischen Parteien in Ostmitteleuropa nach
dem Stalinismus

von

Pavel Kolář

Politischer Konsens ist ohne den imaginären Streit mit einem Gegner genauso wenig denkbar, wie politischer Konflikt ohne die Perspektive des Konsenses auskommt.

Chantal Mouffe stellt dies angesichts der heutzutage fortschreitenden Etablierung von „Postdemokratien“ fest, die sie als eine alarmierende Entwicklung für die demokratische Ordnung des Westens betrachtet.¹ Eine stabile Demokratie kann sich dieser Ansicht nach ohne einen identitätsstiftenden Gegner (*adversary*) nicht auf Dauer entwickeln. Genauso gilt diese Annahme für die staatssozialistischen Diktaturen des 20. Jahrhunderts, für die – hauptsächlich während ihrer stalinistischen Gründungsphase – ein manichäischer Freund-Feind-Gegensatz grundlegend war. Lässt sich also die absolute Abgrenzung vom Feind als das zentrale Identifikationsmuster des Stalinismus betrachten, so stellt sich folgerichtig die Frage nach der Integrationsordnung des Post-Stalinismus, die ein neues System von Identität und Differenz hervorbrachte.² Infolge der Erschütterung von 1956 wurde die absolute Freund-Feind-Dichotomie geschwächt, während ein differenzierteres Weltbild entstand, in dem sich alternative Gegensätze wie „Demokratie vs. Bürokratie“ neben der fundamentalen Opposition von Sozialismus und Kapitalismus etablierten.³ Damit wurde der Stalinismus selbst zum „Anderen“, das zeitweise als das alternative, identitätsstiftende *adversary* neben dem imperialistischen Hauptfeind auftrat. Die Auflockerung der rigiden Polarität betraf sowohl die kommunistische Weltbewegung⁴ als auch die ideologische Denkwelt der ostmitteleuropäischen Parteiendiktaturen.

¹ CHANTAL MOUFFE: On the Political, London u.a. 2005 (Thinking in Action, 5), S. 10 ff.

² Zur Integration im Sozialismus siehe DIETMAR NEUTATZ: Integration und Sinnstiftung. Integrative Elemente in der Sowjetunion, in: Osteuropa 57 (2001), S. 49-63.

³ SIGRID MEUSCHEL: Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945-1989, Frankfurt a.M. 1992 (Edition Suhrkamp, 1688), S. 166.

⁴ Zu denken ist an Palmiro Togliattis Konzeption des *policentrismo*, vgl. MAUD BRACKE: Proletarian Internationalism, Autonomy and Polycentrism. The Changing International Perspectives of the Italian and French Communist Parties in the „long 1960's“, in: West European Communism After Stalinism. Comparative Approaches, hrsg. von DERS. und THOMAS EKMANN JØRGENSEN, Fiesole 2002 (EUI Working Papers, 4/2002),

Fasst man das Politische nicht als einen engeren Bereich der politischen Steuerung, sondern als einen breiteren Erfahrungs- und Handlungsraum auf, in dem um die Definition kollektiver Identitäten und die Bildung von Hegemonien gekämpft wird⁵, dann lässt sich auch die Krise von 1956 als eine Auseinandersetzung von konkurrierenden Strategien der Integration sowie der symbolischen Vermittlung politischer Herrschaft begreifen. Vorausgesetzt, dass historisch produzierte Hegemonien nie eine dauerhafte Geltung zu erzielen vermögen, sondern wandelbar sind und stets delegitimierende Gegenidentitäten herstellen können, kann man den Staatssozialismus als eine prinzipiell instabile, sich in einer permanenten Krise befindende Ordnung betrachten, die die sich wandelnden Legitimationsbedürfnisse stillen und deshalb stets neue Sinnorientierungen suchen musste.⁶ Diese Annahme stellt eine Herausforderung für die Geschichtsschreibung der kommunistischen Diktaturen dar, wird doch das „Politische“ meistens auf die vermeintlich unerschütterliche Hegemonie der Parteimacht reduziert. Grundlegend ist dabei die Vorstellung, dass politische Entscheidungen einseitig von oben und ohne Bezug auf die gesellschaftlichen Verhältnisse getroffen wurden.⁷ Die politische Geschichte der Diktatur wird damit auf die Geschichte der Herrschaftstechniken reduziert, in welcher die Stabilität des Systems auf Repression und ideologische Verführung zurückgeführt wird. Angesichts des vielfach beschworenen „Primats der Politik“ bleibt dann für eine breiter gefasste Sphäre des Politischen im Sinne des Kampfes um Identität wenig Raum.

S. 7-41; DIES.: *Which Socialism, Whose Détente? West European Communism and the Czechoslovak Crisis 1968*, Budapest u.a. 2007, S. 63 ff.

⁵ Siehe: Was heißt Kulturgeschichte des Politischen?, hrsg. von BARBARA STOLLBERG-RILINGER, Berlin 2005 (Zeitschrift für Historische Forschung. Beiheft, 35); THOMAS MERGEL: Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik, in: *Geschichte und Gesellschaft* 28 (2002), S. 574-606; WILLIBALD STEINMETZ: Neue Wege einer historischen Semantik des Politischen, in: „Politik“. Situationen eines Wortgebrauchs im Europa der Neuzeit, hrsg. von DEMS., Frankfurt a.M. 2007 (Historische Politikforschung, 14), S. 9-40. Vgl. EMILY HAUPTMANN: A Local History of „The Political“, in: *Political Theory* 32 (2004), S. 34-60; ERNST VOLLRATH: Was ist das Politische? Eine Theorie des Politischen und seiner Wahrnehmung, Würzburg 2003; ANDREAS RECKWITZ: Die Politik der Moderne aus kulturtheoretischer Perspektive. Vorpolitische Sinnhorizonte des Politischen, symbolische Antagonismen und das Regime der Gouvernamentalität, in: *Politikwissenschaft als Kulturwissenschaft. Theorien, Methoden, Problemstellungen*, hrsg. von BIRGIT SCHWELLING, Wiesbaden 2004, S. 33-56.

⁶ Dazu MARTIN SABROW: Sozialismus als Sinnwelt. Diktatorische Herrschaft in kulturhistorischer Perspektive, in: *Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien* (2007), 40/41, S. 9-23.

⁷ Vgl. die Diskussion um die Begriffe Macht und Politik: ACHIM LANDWEHR: Diskurs – Macht – Wissen. Perspektiven einer Kulturgeschichte des Politischen, in: *Archiv für Kulturgeschichte* 85 (2003), S. 71-117; ANDREAS RÖDDER: Klios neue Kleider. Theoriedebatten um eine Kulturgeschichte der Politik in der Moderne, in: *Historische Zeitschrift* 283 (2006), S. 657-688.

Der vorliegende Beitrag untersucht die Artikulationen der kommunistischen Identität im Ostblock im Laufe des Jahres 1956, wobei er sowohl Momente der Verzweiflung als auch der erneuerten Mobilisierung berücksichtigt. Er versucht zu zeigen, wie jenseits der obersten Etagen der Parteimacht der Sinn des kommunistischen Engagements neu artikuliert wurde, indem er den Fokus auf die Frage legt, wie lokale Funktionäre, Apparatschiks und Propagandisten die große politische Wende für sich deuteten. Es soll gezeigt werden, wie sie ihr Verhältnis zur Partei im Lichte der Ereignisse von 1956 definierten. Im Zentrum stehen dabei die Länder des so genannten „nördlichen Dreiecks“, d.h. Polen, die Tschechoslowakei und die DDR⁸, die eine Schlüsselrolle in der sowjetischen Machtpolitik als Bastionen gegen den imperialistischen Feind spielten. Zugleich erlebten sie das umwälzende Jahr 1956 auf jeweils unterschiedliche Weise. Während die divergenten Verläufe und ihre geopolitischen wie sozial-ökonomischen Aspekte bereits hinreichend herausgearbeitet worden sind⁹, konzentriert sich dieser Beitrag auf die ideologisch-semantischen Bedingungen dieser politischen Umgestaltung und fragt damit nach dem Verhältnis von Identität und Herrschaftslegitimation in der Diktatur. Demzufolge wird hier keine vergleichende Analyse der Ursachen angestrebt, die die Unterschiede zwischen den drei Fällen neu erklären würde. Vielmehr soll hier – Kathrin Verderys Forderung nach einer Betonung der Gemeinsamkeiten zwischen den sozialistischen Ländern folgend¹⁰ – die Differenzierung der politischen Sprache auf lokaler Ebene erfasst werden, wie sie sich in den einzelnen nationalen Kontexten des Post-Stalinismus entfaltete: in Polen mit der anfänglich entschiedenen Entstalinisierungspolitik der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (*Polska Zjednoczona Partia Robotnicza*; PZPR), die später in die Erstarrung der „kleinen Stabilisierung“ mündete, in der Tschechoslowakei mit dem raschen Ende der Reformdiskussionen Mitte 1956 und der „Verlegung“ der Entstalinisierung in die 1960er Jahre und schließlich in der DDR mit der ausbleibenden politischen Öffnung und der anschließenden obrigkeitsstaatlich realisierten Reformpolitik.

⁸ BEATE IHME-TUCHEL: Das „nördliche Dreieck“. Die Beziehungen zwischen der DDR, der Tschechoslowakei und Polen in den Jahren 1954 bis 1962, Köln 1994.

⁹ 1956, une date européenne, hrsg. von GEORGES MINK u.a., Lausanne 2010; Challenging Communism in Eastern Europe. 1956 and its Legacy, hrsg. von TERRY COX, London u.a. 2008 (Routledge Europe-Asia Studies Series, 4); Kommunismus in der Krise. Die Entstalinisierung 1956 und die Folgen; hrsg. von ROGER ENGELMANN, Göttingen 2008 (Analysen und Dokumente, 32); 1956. European and Global Perspectives, hrsg. von CAROLE FINK, Leipzig 2006 (Global History and International Studies, 1); Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa 1953-1956, hrsg. von JAN FOITZIK, Paderborn 2001; Das Jahr 1956 in Ostmitteleuropa, hrsg. von HANS HENNING HAHN u.a., Berlin 1996.

¹⁰ KATHERINE VERDERY: What Was Socialism, And Why Did It Fall?, In: The Revolutions of 1989, hrsg. von VLADIMIR TISMANEANU, London u.a. 1999 (Rewriting Histories, 32), S. 63-85, hier S. 64.

Der Aufsatz ist in zwei Teile gegliedert. Während sich die erste Hälfte den konzeptionellen Fragen des legitimationsgeschichtlichen Ansatzes für kommunistische Diktaturen widmet und die bisherige Historiografie zum Thema diskutiert, analysiert der zweite Teil die Diskussionen über den „Personenkult“ 1956 auf der lokalen Ebene der Parteien als Beispiel für den Deutungskampf um kommunistische Identität.

I. Gesellschaftsgeschichte der staatssozialistischen Diktaturen als „Geschichte des Politischen“?

Eine Geschichte des Politischen der ostmitteleuropäischen Parteiendiktaturen, die davon ausgeht, dass kollektive Identitäten in permanenter Deutungskonkurrenz zueinander standen, stellt sich zunächst die Frage, wo die Sphären des Politischen lagen. Da seit Hannah Arendt der Begriff des Politischen eng mit dem Öffentlichkeitsbegriff verkoppelt ist, wird häufig unter Hinweis auf eine weitgehende „Durchherrschaft“ von Gesellschaften sowjetischen Typs die Existenz von Räumen des politischen Konflikts bestritten.¹¹ In dieser Hinsicht kann sich die Diktaturforschung von der Frühneuzeitforschung inspirieren lassen, wo lange Zeit gleichfalls von einem scheinbar nicht-politischen Charakter absolutistischer Regime ausgegangen wurde. Zum einen wird hier nun das *ancient régime* nicht mehr als ein das Öffentliche und somit das Politische ausschließendes System betrachtet: Die „Arkanisierung politischer Entscheidungsprozesse“ in den frühneuzeitlichen Staaten bedeutete demnach keine Eliminierung des Politischen, sondern dessen Transformation vom Deutungskampf um konfessionelle Hegemonie in einen eher staatszentrierten Diskurs, in dem Auslegungsdispute um Begriffe wie Ordnung, Frieden oder Verfassung ausgefochten wurden.¹² Zum anderen war auch der absolutistische Arkan-Staat, auf welche Weise auch immer seine Entscheidungen der frühneuzeitlichen Öffentlichkeit entzogen waren, zur Legitimierung seiner Gestaltungsansprüche auf die öffentliche Darstellung seiner Ordnungsprinzipien angewiesen: Dies geschah in öffentlich veranstalteten Zeremonien, Festen oder verdichteter Kommunikation zwischen den Höfen.

Die Parallelität zum Staatssozialismus liegt auf der Hand. Auch die Parteiendiktaturen legten großen Wert auf die Legitimierung der Herrschaft durch propagandistische Selbstdarstellung und öffentliche Herrschaftsinszenierung,

¹¹ Für die Nutzbarkeit des Öffentlichkeitsbegriffs für die Erforschung staatssozialistischer Diktaturen plädieren dagegen GÁBOR T. RITTERSPORN, MALTE ROLF, JAN C. BEHREND: Öffentliche Räume und Öffentlichkeit in Gesellschaften sowjetischen Typs: Ein erster Blick aus komparativer Perspektive, in: Sphären von Öffentlichkeit in Gesellschaften sowjetischen Typs. Zwischen partei-staatlicher Selbstinszenierung und kirchlichen Gegenwelten, hrsg. von DENS., Frankfurt a.M. 2003 (Komparatistische Bibliothek, 11), S. 7-22.

¹² REINHARD BLÄNKNER: Historizität, Institutionalität, Symbolizität. Grundbegriffliche Aspekte einer Kulturgeschichte des Politischen, in: Was heißt Kulturgeschichte (wie Anm. 5), S. 71-96, hier S. 82.

in der Überzeugung, dass der Weg zum Kommunismus nicht bloß über physische Macht führe, sondern auch des Entwurfs einer neuen, allumfassenden Sinnwelt bedürfe.¹³ Damit liefen die Parteienstaaten jedoch Gefahr, die Propagandabotschaften der Aneignung und Umdeutung durch die Bürger auszuliefern. Ebenso deutet der massive Ausbau ideologischer Apparate auf die Bedeutung hin, die die Partei der Schaffung einer homogenen Denkwelt zuschrieb: Nicht nur die Gesellschaft sollte neu umgestaltet werden, sondern auch das Denken der „Massen“, vor allem der Parteimitglieder.¹⁴ Tatsächlich war den Parteiführungen die ideologische Erziehung der Parteimitglieder, für die ein gigantisches Gefüge aus Parteischulungen aufgebaut wurde, sehr wichtig.¹⁵ Der kommunistische Einheitswahn, gestützt auf den Lenin'schen Grundsätzen der *partijnost'* und des „demokratischen Zentralismus“, zielte darauf, die Partei nicht nur in eine einheitlich handelnde Avantgarde, sondern auch in eine einheitlich denkende Sinnwelt umzuwandeln.¹⁶

Insbesondere dank der kulturhistorischen Forschung, die kommunistische Propaganda nicht auf bloße Manipulation reduziert, wissen wir, wie realitätsfern dieses kommunistische Parteiideal war und wie verschiedenartig Propaganda auch von überzeugten Kommunisten interpretiert wurde.¹⁷ Als ein gutes Beispiel sind verschiedene Massenfeste und Inszenierungen zu nennen, die polyvalente Botschaften trugen, die von den Teilnehmern in vielerlei Weise umgedeutet werden konnten.¹⁸ Allerdings sind mit eigensinnigen Umdeu-

¹³ JAN C. BEHREND: Die erfundene Freundschaft. Propaganda für die Sowjetunion in Polen und in der DDR, Köln u.a. 2006 (Zeithistorische Studien, 32), S. 9.

¹⁴ Zur Konstruktion kommunistischer Identität siehe JOCHEN HELLBECK: Revolution on My Mind. Writing a Diary under Stalin, Cambridge/Mass. 2006, und THOMAS KROLL: Kommunistische Intellektuelle in Westeuropa. Frankreich, Österreich, Italien und Großbritannien im Vergleich (1945-1956), Köln u.a. 2007, S. 9 ff. Zum Begriff der sozialistischen Sinnwelt siehe SABROW, Sozialismus als Sinnwelt (wie Anm. 6), S. 18-21.

¹⁵ Für die SED siehe THEKLA KLUTTIG: Parteischulung und Kaderauslese in der SED 1946-1961, Berlin 1997.

¹⁶ Die Resolution „Über die Einheit der Partei“ wurde 1921 auf dem X. Parteitag der Kommunistischen Partei Russlands (Bolschewiki) angenommen. VLADIMIR I. LENIN: Werke, Bd. 32, 4. Ausgabe, Berlin 1972, S. 217-220. Dazu RONALD KOWALSKI: European Communism, 1848-1991, Basingstoke 2006 (European History in Perspective, 6), S. 112 ff.

¹⁷ RAINER GRIES: Propagandageschichte als Kulturgeschichte. Methodische Erwartungen und Erfahrungen, in: Deutschland-Archiv 33 (2000), S. 558-570; ALEXEI YURCHAK: Everything Was Forever, Until it Was No More. The Last Soviet Generation, Princeton 2006; zur Rundfunk-Propaganda vgl. CHRISTOPH CLASSEN: Faschismus und Antifaschismus. Die nationalsozialistische Vergangenheit im ostdeutschen Hörfunk (1945-1953), Köln u.a. 2004 (Zeithistorische Studien, 27).

¹⁸ Siehe MALTE ROLF: Das sowjetische Massenfest, Hamburg 2006; ROMAN KRAKOVSKY: Rituel du 1^{er} mai en Tchécoslovaquie 1948-1989, Paris 2004; Fest und Diktatur / Festivals and Dictatorship, hrsg. von DIETRICH BEYRAU und MALTE ROLF, Themenheft des Journal of Modern European History 3 (2006), 1; PIOTR OSEKA: Rytuały staliniz-

tungen „von unten“ noch nicht unbedingt Sphären des Politischen gebildet. So kann z.B. ein Stammtischstreit als solcher gewiss nicht als ein Raum des Politischen betrachtet werden. Hierzu scheint der in der Frühneuzeitforschung heimische Begriff der „Teilöffentlichkeiten“ sinnvoll, die sich als Folge der sozialen Ausdifferenzierung bildeten und alternative Entwürfe zur herrschenden Ordnung hervorbrachten. So konnte etwa der Austausch zwischen verschiedenen europäischen Gelehrtenöffentlichkeiten zur Unterminierung des Arkan-Staates des *ancien régime* führen.¹⁹ Der Begriff „Teilöffentlichkeit“ eignet sich auch zur Untersuchung der Politisierungsprozesse in den Parteidiktaturen, indem er auf Potentiale von Politisierung in jenen Milieus hinweist, die zwar im Rahmen offizieller Strukturen wirkten, zugleich aber kritische Diskurse produzierten. Zu Zeiten erhöhter politischer Dynamik – z.B. im Jahr 1956, während des Prager Frühlings, in der Solidarność-Bewegung oder während der Perestrojka-Zeit – konnten diese etwa die Reformvorschläge von parteinahen Expertenmilieus sowie ihre Aneignung durch entstehende Bewegungen umfassen.²⁰

Zugleich setzt der Blick auf meistens räumlich begrenzte Teilöffentlichkeiten die „Lokalität“ als eine erforderliche Forschungsperspektive voraus. Eine solche Verkleinerung des Maßstabs ermöglicht eine differenzierte Betrachtung staatssozialistischer Diktatur, in welcher sich die Komplexität der Beziehungen zwischen Herrschenden und Beherrschten und die Vielfalt der Identitäten und Interessen besser ins Auge fassen lässt. Gerade vor Ort, in konkreten Institutionen und Milieus, wurden alltägliche Vorgänge mit nationalen Entwicklungen in Beziehung gesetzt, hier riefen die im Zentrum produzierten „Meistererzählungen“ Gegenentwürfe hervor.²¹ Indem sie auf die Vielfalt lokaler Interessendefinitionen stießen, haben die universalen Diskurse über das Gemeinwohl, den Fortschritt, die Klassen- und Nationalidentität in ihrer Konkretisierung in kleinräumigen Verhältnissen gleichzeitig ausgrenzend gewirkt. Die Erforschung der Parteidiktaturen aus lokalgeschichtlicher Perspektive bedeutet also, die Zentralebene der Staats- und Parteiführung zu

mu. Oficjalne święta i uroczystości rocznicowe w Polsce 1944-1956 [Die Rituale des Stalinismus. Offizielle Festtage und Jubiläumsfeiern in Polen 1944-1956], Warszawa 2007; PAWEŁ SOWIŃSKI: Komunistyczne święto. Obchody 1 maja w latach 1948-1954 [Der kommunistische Feiertag. Der Erste Mai in den Jahren 1948-1954], Warszawa 2000.

¹⁹ BLÄNKNER (wie Anm. 12), S. 81.

²⁰ MICHAŁ PULLMANN: Vervollkommnung, Intensivierung, Beschleunigung, Perestrojka. Die Planung in den sowjetischen und tschechoslowakischen Wirtschaftsdebatten der achtziger Jahre, in: Zukunftsvorstellungen und staatliche Planung im Sozialismus: Die Tschechoslowakei im ostmitteleuropäischen Kontext 1945-1989, hrsg. von MARTIN SCHULZE WESSEL und CHRISTIANE BRENNER, München 2010 (Bad Wiesseer Tagungen des Collegium Carolinum, 30), S. 253-282.

²¹ Vgl. dazu KNUT HENKEL: Globale Orte / Lokale Welten. Zur Konstitution lokaler Handlungsfähigkeit in der späten Moderne, in: Raumforschung und Raumordnung 58 (2000), 1, S. 3-12, hier S. 5.

verlassen und den Blick auch auf die Handlungspraxis derer zu richten, die Herrschaft im Alltag vermittelten und mit den Reaktionen der Bürger tagtäglich konfrontiert waren: in den Parteigrundorganisationen, Betrieben, Brigaden, Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, Gemeinden oder Wohngenossenschaften.²²

II. Die Binnenlegitimität der Staatsparteien und die Stabilität der Diktaturherrschaft

Für ein besseres Verständnis der Stabilität der Parteiendiktaturen soll vor allem der Partei selbst, ihren lokalen Herrschaftsstrukturen und Lebenswelten sowie ihrer Verflechtung mit der Gesellschaft mehr Beachtung geschenkt werden.²³ Allzu oft wird in der Historiografie zum Staatssozialismus mit der binären Opposition „Partei vs. Gesellschaft“ (wie auch „Zustimmung vs. Widerstand“, „offiziell vs. inoffiziell“ usw.) gearbeitet, was die historische Wirklichkeit mit schablonenhaften Trennungslinien durchzieht, die den Wahrnehmungshorizonten der Akteure meistens fremd waren. Hinter diesen Gegensätzen stehen moralisch aufgeladene Narrative, die in jeder Handlung potentielle Resistenz suchen und somit jedes gesellschaftliche Individuum als ein ideales Subjekt mit einer innerlich einheitlichen „Haltung“ konstruieren.²⁴ Obwohl in der Forschung mitunter die Vorstellung heimisch wurde, dass die herrschenden Parteien selbst keine Monolithen gewesen seien, wird dennoch durch das Gegenüberstellen von Partei und Gesellschaft das Bild einer inneren Einheit der Partei suggeriert, in paradoxer Übereinstimmung mit den Wunschvorstellungen zeitgenössischer Parteipropagandisten. Seltener wird dagegen versucht, die Parteien als heterogene Kommunikationsgefüge mit ihren konsensstiftenden Integrationsmechanismen wie auch inneren Konfliktpotenzialen auszuleuchten.²⁵ Auch dann, wenn man die Heterogenität inner-

²² THOMAS LINDENBERGER: Diktatur der Grenzen. Zur Einleitung, in: Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, hrsg. von DEMS., Köln u.a. 1999 (Herrschaftsstrukturen und Erfahrungsdimensionen der DDR-Geschichte, 1; Zeithistorische Studien, 12), S. 13-44, hier S. 31 ff.

²³ Für ein ähnliches Argument vgl. STEVEN KOTKIN, JAN T. GROSS: *Uncivil Society*. 1989 and the Implosion of the Communist Establishment, New York 2009 (Modern Library Chronicles, 32).

²⁴ ALEXEI YURCHAK: Soviet Hegemony of Form: Everything Was Forever, Until It Was No More, in: *Comparative Studies in Society and History* 45 (2003), S. 481-510, hier S. 483 f.

²⁵ Zur inneren Geschichte der kommunistischen Parteien vgl. MICHEL CHRISTIAN: *Parti et société en RDA et en Tchécoslovaquie. Une histoire sociale comparée des partis communistes au pouvoir du début des années 1950 à la fin des années 1970*, Phil. Diss. Genève 2011; THOMAS KLEIN: „Für die Einheit und Reinheit der Partei“. Die innerparteilichen Kontrollorgane in der Ära Ulbricht, Köln 2002 (Zeithistorische Studien, 20); *Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch*, hrsg. von ANDREAS HERBST u.a., Berlin 1997; ANDREAS MALYCHA: „Die Partei hat immer Recht!“ – Die Geschichte der SED, in: *Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung*, hrsg. von

halb der Parteien anerkennt, wird diese meistens als „Richtungskämpfe“ beschrieben²⁶, die hauptsächlich in der Parteiführung stattgefunden hätten, während der Basis die Rolle eines passiven Rezipienten zugewiesen wird. Die Gegenüberstellung von Partei und Gesellschaft ist also auch deshalb verkürzend, weil mit ihr die Partei auf ihre Führung beschränkt und damit ihr tatsächlicher Massencharakter verschleiert wird. Vergegenwärtigt man sich allein die vor allem in den 1960er Jahren hohe Anzahl der Parteimitglieder oder betrachtet man jene Zeitabschnitte, in welchen sich die Parteien einer enormen gesellschaftlichen Unterstützung erfreuten – wie die PZPR im Herbst 1956 oder die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei (*Komunistická strana Československa*; KSČ) während des Prager Frühlings –, stellt sich noch deutlicher die Unhaltbarkeit einer Auffassung heraus, die die Partei und die Gesellschaft in einen absoluten Gegensatz stellt. Erforderlich scheint deshalb eine Perspektiverweiterung, in welcher die zahlreichen Schnittstellen zwischen Partei und Gesellschaft, die Momente der wechselseitigen Verflechtung zwischen Funktionären und Bürgern auf der lokalen Ebene in den Blick genommen werden, deren alltägliche Ausgestaltung für die Existenz der Diktatur letztendlich entscheidend war.²⁷ Die an diesen Schnittstellen reali-

RAINER EPELMANN u.a., Paderborn u.a. 2003, S. 85-92. Vgl. auch das am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam angesiedelte Forschungsprojekt „Die SED zwischen Mauerbau und Mauerfall. Gesellschaftsgeschichte einer kommunistischen Staatspartei“. Zur PZPR vgl. DARIUSZ LIBIONKA: Funkcjonowanie na co dzień stalinowskiego aparatu partyjnego na Lubelszczyźnie [Das alltägliche Funktionieren des stalinistischen Parteiapparats im Lubliner Land], in: *Polska 1944/45-1990. Studia i materiały* 5 (2001), S. 135-171; BŁAŻEJ BRZOSTEK: Szkic o lokalnej władzy PZPR od stalinizmu do „wczesnego Gierka“ [Eine Skizze der lokalen PZPR-Herrschaft vom Stalinismus bis zum „frühen“ Gierek], in: *PRL. Trwanie i zmiana*, hrsg. von DARIUSZ STOLA und MARCIN ZAREMBA, Warszawa 2003, S. 97-117; FRÉDÉRIC ZALEWSKI: L'improbable autonomisation d'un „parti satellite“. Réflexions sur les rapports de pouvoir entre le ZSL et le PZPR dans la Pologne communiste (1949-1989), in: *Revue d'histoire moderne et contemporaine* 49 (2002), S. 78-101; KRZYSZTOF DĄBEK: PZPR – retrospektywny portret własny [Die PZPR – ein retrospektives Selbstbildnis], Warszawa 2006 (W Krainie PRL, 6).

²⁶ Siehe MONIKA KAISER: Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972, Berlin 1997 (Zeithistorische Studien, 10); ZDENĚK DOSKOČIL: Duben 1969. Anatomie jednoho mocenského zvratu [April 1969. Anatomie eines Machtwechsels], Brno 2006; siehe auch die verdienstvolle Edition des Protokolls der VII. Plenarsitzung der PZPR im Jahr 1956: *Protokoły z VI i VII Plenum Komitetu Centralnego Polskiej Zjednoczonej Partii Robotniczej z 1956 r.* [Die Protokolle der VI. und der VII. Plenarsitzung des Zentralkomitees der PZPR], hrsg. von WIESŁAW WŁADYKA und WŁODZIMIERZ JANOWSKI, Warszawa 2007.

²⁷ Für diese Perspektive siehe JAY ROWELL: Le pouvoir périphérique et le „centralisme démocratique“ en RDA, in: *Revue d'histoire moderne et contemporaine* 49 (2002), S. 102-124; DERS.: Le totalitarisme au concret les politiques du logement en RDA, Paris 2006; FLORIAN ESCUDIÉ: Le fonctionnaire et la machine bureaucratique. Contrôle

sierten Konfliktlösungen und das Aushandeln des binnenparteilichen Konsenses lassen sich am besten anhand der lokalen Parteiorganisationen erfassen. Auch sie fungierten als Arenen für die Artikulation kollektiver Interessen und Identitäten, auch wenn sie einer anderen Sprachregelung unterworfen waren als die Parteiführung oder die parteinahen Eliten, seien es Geisteswissenschaftler, Wirtschaftsexperten oder Schriftsteller und Künstler.²⁸

Der Fokus auf die lokalen „Sphären des Politischen“ innerhalb der Staatsparteien liegt auch in der Tatsache begründet, dass die innerparteilichen Widersprüche um 1956 die einzig semi-öffentlich artikulierbaren politischen Differenzen im staatssozialistischen System darstellten. Hierbei bildeten sich voneinander abweichende Meinungspositionen in den bislang als einheitlich geltenden Parteien heraus, die sich nach 1956 in den Kontroversen zwischen „Revisionisten“ und „Dogmatikern“, aber auch zwischen ideologischen Fundamentalisten und pragmatisch orientierten Technokraten niederschlugen.²⁹ Der theoretische Diskurs des Marxismus-Leninismus erodierte und löste sich als kohärente Leitungsdoktrin auf.³⁰ Zwar stellte die „innerparteiliche Kritik“ in den Parteiführungen in der ersten Hälfte des Jahres 1956 – z.B. das Auftreten des Reformflügels in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) um Karl Schirdewan und der Intellektuellen um Wolfgang Harich, die Aktivität jüngerer Reformkommunisten in der PZPR (*Puławiane*), die kritischen Äußerungen KSČ-naher Schriftsteller – den wichtigsten Beitrag zur

biographique et construction des carrières dans l'appareil régional du SED, in: *Genèse* 53 (2003), S. 93-112.

²⁸ MICHAL KOPEČEK: Hledání ztraceného smyslu revoluce. Zrod a počátky marxistického revizionismu ve střední Evropě 1953-1960 [Auf der Suche nach dem verlorenen Sinn der Revolution. Geburt und Anfänge des marxistischen Revisionismus in Mitteleuropa 1953-1960], Praha 2009 (Edice Historické myšlení, 44); MARTIN SABROW: Diktat des Konsenses. Geschichtswissenschaft in der DDR, München 2001 (Ordnungssysteme, 8); PIOTR HÜBNER: Nauki społeczne i humanistyka – mechanizmy zniewolenia [Die Gesellschafts- und Geisteswissenschaften – die Mechanismen der Unterdrückung], in: *Polacy wobec przemocy 1944-1956*, hrsg. von BARBARA OTWINOWSKA und JAN ŻARYN, Warszawa 1996, S. 276-306; MICHAL BAUER: Ideologie a paměť. Literatura a instituce na přelomu 40. a 50. let 20. století [Ideologie und Gedächtnis. Literatur und Institutionen am Übergang der 1940er und 1950er Jahre], Jinočany 2003; JIŘÍ KNÁPIK: Únor a kultura. Sovětizace české kultury 1948-1950 [Der Februar und die Kultur. Die Sowjetisierung der tschechischen Kultur 1948-1950], Praha 2004 (Otazníky našich dějin, 8); zu den Wirtschaftsexperten PULLMANN, Vervollkommnung (wie Anm. 20) und Sozialistische Wirtschaftsreformen. Tschechoslowakei und DDR im Vergleich, hrsg. von CHRISTOPH BOYER, Frankfurt a.M. 2006 (Studien zur Europäischen Rechtsgeschichte, 210; Das Europa der Diktatur, 11). Zu Konsensmechanismen in der intellektuellen Elite siehe MARTIN SABROW: Der künstliche Konsens. Überlegungen zum Legitimationscharakter sozialistischer Herrschaftssysteme, in: *Jahrbuch für Kommunismusforschung* (1999), S. 191-224; ROGER D. MARKWICK: *Rewriting History in Soviet Russia. The Politics of Revisionist Historiography 1956-1974*, Basingstoke 2001, S. 3-37.

²⁹ MEUSCHEL (wie Anm. 3), S. 130 ff.

³⁰ KOPEČEK (wie Anm. 28), S. 78 ff.

Konstituierung einer alternativen politischen Sprache dar. Dennoch beschränkten sich die Politisierungsprozesse nicht auf die Partielite. Vielmehr waren in nicht geringerem Maße Millionen aktiver Kommunisten im gesamten Ostblock von einer „Identitätskrise“ und „Orientierungslosigkeit“ betroffen. 1956 ging es vor allem darum, die Glaubwürdigkeit des kommunistischen Versprechens innerhalb der eigenen Parteireihen wiederherzustellen, nachdem die bislang geltenden ideologischen Orientierungsgrößen über Nacht verschwunden waren. Die umwälzenden Ereignisse dieses Jahres – der XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU), die Juni-Unruhen in Posen, der Oktober-Umsturz in Warschau sowie der ungarische Aufstand – haben nicht nur Machtkämpfe in den Parteispitzen ausgelöst. Sie stellten auch in großem Maßstab einen Prüfstein für die kommunistische Identität dar, von den obersten Etagen der Politbüros bis hin zu der kleinsten Grundparteiorganisation in der Provinz. Was bedeutete die – zumindest zeitweise – Öffnung des bislang rigiden, auf eine streng einheitliche Meinung ausgerichteten parteiinternen Diskurses bezüglich der ideologischen Grundorientierungen? Wie wirkte sich die Tatsache, dass man sich erneut über konkurrierende Identitäten und Überzeugungen sowie auch Konflikte und Differenzen auseinandersetzen konnte, auf die parteiliche Legitimitätssicherung aus? Wie war es möglich, nach einer derart fundamentalen Erschütterung der bislang geltenden ideologisch-semantischen Ordnung des Stalinismus wieder einen Konsens herzustellen?³¹

Das Jahr 1956 zeigte in den einzelnen kommunistischen Ländern in unterschiedlichen Verlaufsmustern, wie eine erneuerte Konsensordnung nach der Erschütterung erreicht und ein neuer gemeinsamer ideologisch-semantischer Nenner für die langfristige Stabilisierung gefunden wurde. Zentrale Bedeutung kam dabei der geschichtlichen Dimension zu, die von Anfang an eine der wichtigsten Legitimationsgrundlagen des kommunistischen Zukunftsprojekts darstellte. Denn gerade aus der „wissenschaftlichen Erkenntnis“ des irreversiblen Fortgangs der Geschichte schöpfte die Diktatur des Proletariats ihre Rechtfertigung.³² Doch während des Jahres 1956 wurde diese Geschichtssicherheit zum ersten Mal erschüttert. In der Folgezeit suchte man

³¹ Zur „Normalisierung der Herrschaft“ im Staatssozialismus siehe: *Power and Society in the GDR, 1961-1979. The „Normalisation of Rule“?*, hrsg. von MARY FULBROOK, New York u.a. 2009.

³² Für den Zusammenhang zwischen Geschichte und Legitimität in den kommunistischen Diktaturen grundlegend: *Geschichte als Herrschaftsdiskurs. Der Umgang mit der Vergangenheit in der DDR*, hrsg. von MARTIN SABROW, Köln u.a. 2000 (*Herrschaftsstrukturen und Erfahrungsdimensionen der DDR-Geschichte*, 3; *Zeithistorische Studien*, 14); MARCIN ZAREMBA: *Komunizm, legitymizacja, nacjonalizm. Nacjonalistyczna legitymizacja władzy komunistycznej w Polsce* [Kommunismus, Legitimisierung, Nationalismus. Die nationalistische Legitimisierung der kommunistischen Herrschaft in Polen], Warszawa 2001 (*W Krainie PRL*, 16); vgl. auch: *(Re)writing History. Historiography in Southeast Europe after Socialism*, hrsg. von ULF BRUNNBAUER, Berlin 2004 (*Studies on South East Europe*, 4).

nach einer poststalinistischen Legitimationsgrundlage, nachdem der historisch begründete stalinistische Kult und die radikale Zukunftsutopie den Parteimitgliedern als zentrale Bezugspunkte für ihr Denken und Handeln genommen worden waren. Neue Legitimationsangebote mussten geschaffen werden, die das kommunistische Zukunftsversprechen geschichtlich neu fundieren und die geschwächte Verbindung zwischen Einzelem und Gesellschaft, Staat und Bevölkerung, und, nicht zuletzt, zwischen Parteiführung und Parteibasis wiederherstellen konnten.

III. Das Jahr 1956 legitimitätsgeschichtlich deuten

Der Politikwissenschaftler Winfried Thaa führt den Zusammenbruch der ostmitteleuropäischen Parteiendiktaturen auf die „Wiedergeburt des Politischen“ in den 1980er Jahren zurück, einen Prozess, in dem neue Wertvorstellungen von „Menschenrechten“ und „Zivilgesellschaft“ die bisherigen Legitimationsgrundlagen des Staatssozialismus, wie den gesellschaftlichen Fortschritt und soziale Gerechtigkeit, verdrängt hätten.³³ Zugleich wirft er die Frage nach dem Legitimitätsglauben der Herrschenden auf, d.h. nach dem „Glauben der Regierenden an ihr Recht, die Gesellschaft zu regieren“³⁴, und fordert so dazu auf, die Politisierungsprozesse innerhalb der Parteistrukturen einerseits sowie die Resonanz der post-stalinistischen Reformversuche in der breiteren Öffentlichkeit andererseits als untersuchenswerte Phänomene für den späteren Niedergang des Systems in den Blick zu nehmen. Es erscheint lohnenswert, die Auswirkung des ideologisch-semantischen Wandels des sozialistischen Gesellschaftsentwurfs auf die gesellschaftliche Verständigung und das individuelle Selbstverständnis sozialistischer Normalbürger (einschließlich der Parteimitglieder) in den Blick zu nehmen. So wären z.B. stark retrospektive Interpretationen, laut denen man nach der Niederschlagung des Prager Frühlings von jeglichem Glauben an die Reform des Sozialismus endgültig Abschied nahm, durch empirische Studien zu hinterfragen.³⁵

Eine solche legitimitätsgeschichtliche Perspektive auf den Systemzusammenbruch eignet sich auch für die Deutung des Jahres 1956 in Ostmitteleuropa. Das zunehmende Gären in den kommunistischen Parteien nach Stalins Tod und der Schock durch die Enthüllungen auf dem XX. Parteitag be-

³³ WINFRIED THAA: Die Wiedergeburt des Politischen. Zivilgesellschaft und Legitimitätskonflikt in den Revolutionen von 1989, Opladen 1996.

³⁴ Ebenda, S. 69.

³⁵ Ähnlich argumentiert MARK MAZOWER: *Dark Continent: Europe's Twentieth Century*, New York 1998, S. 365. Siehe auch JAMES KRAPFL: *Revolúcia s ľudskou tvárou: Politika, kultúra a spoločnosť v Československu po 17. novembri 1989* [Revolution mit menschlichem Antlitz. Politik, Kultur und Gesellschaft in der Tschechoslowakei nach dem 17. November 1989], Bratislava 2009; MICHAL PULLMANN: *Konec experimentu. Přestavba a pád komunismu v Československu* [Das Ende des Experiments. Die Prestrojka und der Zusammenbruch des Kommunismus in der Tschechoslowakei], Praha 2011.

deuteten zwar in der Tat den „Anfang des Endes“³⁶ der kommunistischen Utopie. Doch bei aller Notwendigkeit dieser teleologischen, für die Deutung des Niedergangs des europäischen Kommunismus freilich kaum verzichtbaren Sicht auf 1956 kann man dieses Umbruchsjahr auch als ein Moment betrachten, in dem trotz aller Widersprüche die Autorität der Partei wiederhergestellt werden und die staatssozialistische Ordnung noch mehr als drei weitere Jahrzehnte bestehen konnte. Gerade innerhalb dieses Zeitraums erlebten die kommunistischen Systeme ihre stabilsten Perioden, wie die 1960er Jahre in Polen oder die 1970er Jahre in der Tschechoslowakei und der DDR, in denen kaum etwas auf einen Kollaps hindeutete. Gerade in diesem Zeitabschnitt vollzog sich aber ein fundamentaler Wandel in den Legitimationsgrundlagen des Systems, der letztendlich zum finalen Systemzusammenbruch führte. Alexei Yurchak spricht in diesem Zusammenhang von einem Wandel vom „semantischen“ zum „pragmatischen“ Muster des ideologischen Diskurses, der die Umdeutung ideologischer Formen ermöglicht und damit letztendlich den Weg zum Kollaps der Parteiherrschaft eröffnet habe.³⁷ Für die Sowjetunion verortet er den Übergang zum „pragmatischen Modell“ in der späten Chruščev-Ära und sieht ihn erst durch die folgende junge Generation der Kommunisten (späte 1970er und 1980er Jahre) mit neuen Inhalten gefüllt. Diese Sichtweise scheint auch für die Betrachtung des Legitimitätsniedergangs der ostmitteleuropäischen Parteiendiktaturen produktiv. Zwar lassen sich Ansätze zur Erstarrung der Systeme und ihrer diskursiven Regime bereits in den frühen 1960er Jahren für Polen (die „kleine Stabilisierung“³⁸) und Ungarn sowie in den frühen 1970er Jahren für die Tschechoslowakei und die DDR nachweisen. Doch die Frage, ob diese Formalisierung die politische Sprache stabilisierte oder eher destabilisierte, bleibt nach wie vor offen.³⁹ Allerdings scheint es sinnvoll, etablierte Periodisierungsmuster nicht allzu starr zu verstehen, zumal die Tendenzen zur „kognitiven Auszehrung sinnge-

³⁶ FRANÇOIS FURET: Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert, München 1996, S. 549 ff.

³⁷ YURCHAK, Soviet Hegemony (wie Anm. 24), S. 491.

³⁸ Zur „kleinen Stabilisierung“ siehe MARCIN ZAREMBA: Społeczeństwo polskie lat sześćdziesiątych – między „małą stabilizacją“ i „małą destabilizacją“ [Die polnische Gesellschaft der 60er Jahre – zwischen „kleiner Stabilisierung“ und „kleiner Destabilisierung“], in: Oblicza Marca 1968, hrsg. von KONRAD ROKICKI und SŁAWOMIR STĘPIEŃ, Warszawa 2004 (Konferencje IPN, 15), S. 25-51; MARCIN ZAREMBA, BŁAŻEJ BRZOSTEK: Polska 1956-1976: w poszukiwaniu paradygmatu [Polen 1956-1976. Auf der Suche nach einem Paradigma], in: Pamięć i Sprawiedliwość 2 (2006), 10, S. 25-37.

³⁹ Dass die zunehmende Formelhaftigkeit eine Stütze der „Normalisierung“ des Systems bedeutet habe, behauptet MARY FULBROOK: „Entstalinisierung“ in der DDR. Die Bedeutung(slosigkeit) des Jahres 1956, in: Deutschland-Archiv 39 (2006), S. 35-42. Eine andere Sicht vertritt ALF LÜDTKE: Sprache und Herrschaft in der DDR. Einleitende Überlegungen, in: Akten. Eingaben. Schaufenster. Die DDR und ihre Texte. Erkundungen zu Herrschaft und Alltag, hrsg. von DEMS. u.a., Berlin 1997, S. 11-26, hier S. 23 ff.

bender Normen durch die administrativen Zwänge des Systems“⁴⁰ die ost-mitteleuropäischen Parteiendiktaturen während ihrer gesamten Existenz begleiteten.

Das Jahr 1956 scheint in dieser Perspektive auch deshalb von grundlegender Bedeutung zu sein, weil damals die erste Differenzierung der parteiinternen Sprachen stattfand. Zum ersten Mal waren die Parteiführungen angesichts des Zerfalls des ideologischen Diskurses des Stalinismus mit der Aufgabe konfrontiert, den Konsens durch die Einführung einer neuen Sprache wiederherzustellen, die strittige und vielfach deutbare Begriffe wie „Personenkult“, „Dogmatismus“, „Revisionismus“, „Reform“, „sozialistische Demokratie“ oder „Neuer Kurs“ enthielt. Im Zuge dieses Umgestaltungsprozesses etablierte sich Streit als ein neues Phänomen im Parteileben. Es wäre allerdings verkürzend, aus der bloßen Tatsache der Artikulation divergierender Positionen innerhalb der Partei gleich auf oppositionelle Tendenzen zu schließen. Wie Martin Sabrow am Beispiel der DDR-Geschichtswissenschaft zeigt, besaß der von der SED-Führung selbst angeregte „wissenschaftliche Meinungsstreit“ eine konsensstiftende Funktion.⁴¹ Ähnlich wirkten sich – wie Michal Pullmann für die Tschechoslowakei feststellt – die Debatten der parteiinternen Wirtschaftsexperten während der ersten Hälfte der 1980er Jahre noch konsensstiftend aus, während sie erst mit der Diskursöffnung durch die Perestrojka einen delegitimierenden Effekt hatten.⁴² Auf lange Sicht öffneten die innerparteilichen Kontroversen, die während des Jahres 1956 ausbrachen, den Blick auf Meinungsunterschiede. Sie förderten eine kritische Diskussionskultur und eine neue politische Sprache, die später (wie z.B. in der Tschechoslowakei der zweiten Hälfte der 1960er Jahre⁴³) den Weg für reformorientierte Handlungsoptionen öffnete. So kultivierte der parteiinterne Streit 1956 die Fähigkeit der Parteimitglieder, Stellungnahmen zu beziehen, Interessen zu artikulieren und Identitätsbezüge zu formulieren.

Die Deutungskämpfe um die kommunistischen Großnarrative verliefen in den einzelnen nationalen Staatsparteien unter jeweils unterschiedlichen Bedingungen. Charakteristisch für die bisherige Forschung ist allerdings die Tendenz, politische Entwicklungen in der Parteielite und deren Auswirkungen auf die Gesellschaft getrennt zu betrachten. So werden die Krisenausbrüche in Polen und Ungarn vor allem als Folgen zentralpolitischer Fehlgriffe und sozialpolitischer Defizite der Diktaturen gedeutet, während das Ausbleiben analoger Umwälzungen in der Tschechoslowakei und der DDR mit der verhältnismäßig günstigen sozialen und wirtschaftlichen Lage erklärt werden;

⁴⁰ PETER HEUMOS: Geschichtswissenschaft und Politik in der Tschechoslowakei. Entwicklungstrends der zeitgeschichtlichen Forschung nach 1945, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 26 (1978), S. 541-576, hier S. 575.

⁴¹ SABROW, Der künstliche Konsens (wie Anm. 28).

⁴² Vgl. PULLMANN, Vervollkommnung (wie Anm. 20).

⁴³ Vgl. DAVID W. PAUL: The Repluralization of Czechoslovak Politics in the 1960s, in: *Slavic Review* 33 (1974), S. 721-740.

für den tschechoslowakischen Fall kamen noch die mit Hilfe der Säuberungen aus den Jahren 1949-1951 gesicherte Homogenität der Parteibasis⁴⁴ und für die DDR die paradoxe Stärkung der Position Walter Ulbrichts nach 1953 hinzu.⁴⁵ Gerade im Fall der DDR gehen die Deutungen des Jahres 1956 deutlich auseinander. So betont z.B. Mary Fulbrook eine weitgehende Bedeutungslosigkeit der politischen Änderungen und des „Neuen Kurses“ aus Moskau für die langfristige Stabilisierung der SED-Herrschaft⁴⁶, während Hope M. Harrison von „wichtigen langfristigen Konsequenzen“ infolge des Sieges Ulbrichts in den Auseinandersetzungen um den XX. Parteitag spricht.⁴⁷ Sigrid Meuschel sieht in der 1956 eingeführten „Legitimation durch Reform“ eine neue konsensstiftende Orientierung, eine Neugründung der SED-Diktatur.⁴⁸ Für den tschechoslowakischen Fall hat sich in der Forschung die von Karel Kaplan begründete Interpretation verfestigt, in der vor allem die im Vergleich zu den anderen kommunistischen Ländern günstige wirtschaftliche Lage sowie die angeblich außerordentlich brutale Ausprägung des tschechoslowakischen Stalinismus hervorgehoben werden.⁴⁹

⁴⁴ Zur Entwicklung der KSC-Basis JIŘÍ MAŇÁK: *Proměna dělnické strany v organizaci moci. Problematika dělnického charakteru KSC v letech 1945-1953* [Der Wandel der Arbeiterpartei in eine Machtorganisation. Die Problematik des Arbeiterparteicharakters der KSC in den Jahren 1945-1953], in: *Bolševismus, komunismus a radikální socialismus v Československu*, Bd. 1, hrsg. von ZDENĚK KÁRNÍK und MICHAL KOPEČEK, Praha 2003, S. 157-199.

⁴⁵ HERMANN WEBER: *Die DDR 1945-1990*, 4. Aufl., München 2006 (Oldenbourg Grundriss der Geschichte, 20), S. 28-79.

⁴⁶ FULBROOK, „Entstalinisierung“ (wie Anm. 39).

⁴⁷ HOPE M. HARRISON: Ulbricht und der XX. Parteitag der KPdSU. Die Verhinderung politischer Korrekturen in der DDR, 1956-1958, in: *Deutschland-Archiv* 39 (2006), S. 43-53.

⁴⁸ MEUSCHEL (wie Anm. 3), S. 123-220. Vgl. auch HERMANN WENTKER: Bedroht von Ost und West. Die Entstalinisierungskrise von 1956 als Herausforderung für die DDR, in: *Kommunismus in der Krise. Die Entstalinisierung 1956 und die Folgen* (wie Anm. 9), S. 149-166; JOHANNA GRANVILLE: Ulbricht in October 1956: Survival of the Spitzbart during the Destalinization, in: *Journal of Contemporary History* 41 (2006), S. 477-502.

⁴⁹ KAREL KAPLAN: *Sociální souvislosti krizi komunistického režimu v letech 1953-1957 a 1968-1975* [Die sozialen Zusammenhänge der Krise des kommunistischen Regimes in den Jahren 1953-1957 und 1968-1975], Praha 1993 (Sešity Ústavu pro Soudobé Dějiny AV ČR, 9). Kaplan führt auch andere Faktoren an: „Die Verbesserung der sozialen Lage, erste Korrekturen der Politik und der Einfluss politischer Kampagnen (Preissenkungen, Parlaments- und Nationalausschusswahlen, Kampagnen gegen die Aufrüstung der Bundesrepublik, das Turnfest *Spartakiada*) verbreiteten in der Bevölkerung die Hoffnung auf die (versprochene) Weiterentwicklung in der eingeschlagenen Richtung und milderten die Welle der Unzufriedenheit und Kritik, die nach der Währungsreform aufbrandete.“ Ebenda, S. 23. Allerdings stellt Kaplan die Auswirkung dieser Faktoren einfach fest, ohne sie konkret aufzuzeigen. Feststellungen wie „Unter der Intelligenz, den Privatbauern und Gewerbeleuten verstärkte sich vorübergehend die soziale Unsicherheit“ werden kaum mit empirischen Beweisen untermauert. Kritisch

Infolge der Bevorzugung von in engerem Sinne politischen und sozial-ökonomischen Aspekten wird dagegen eine erfahrungsgeschichtliche Perspektive, einschließlich der Deutungen der Großereignisse „von unten“, weniger berücksichtigt. Während für das polnische Jahr 1956 eine Vielzahl regionalgeschichtlicher Studien vorliegt, die wertvolle Einzelfunde bringen⁵⁰, gibt es in der Forschung zur Tschechoslowakei bisher kaum Interesse daran, das Nicht-Geschehen von 1956 auch „von unten“ zu interpretieren. Lediglich Muriel Blaive⁵¹ versucht die sozial- und wirtschaftshistorisch fundierte Stabilitätsthese zu erweitern, indem sie „weiche Faktoren“ hinzufügt, wie etwa die Auswirkung der Propaganda, das Fortbestehen des Nationaldiskurses und das Gespenst des deutschen Revanchismus. Es handelte sich um Erscheinungen, die sowohl die Herrschaftselite als auch die breitere Bevölkerung betrafen und somit den Weg in Richtung alltags- und erfahrungsgeschichtlicher Ausdifferenzierung der makropolitischen Prozesse öffneten. Damit wird die in der Forschung allzu bequem etablierte Vorstellung von der „stillgelegten Gesellschaft“ in der Tschechoslowakei im Jahr 1956 in Frage gestellt.⁵²

zu Kaplan MURIEL BLAIVE: *Promarněná příležitost. Československo a rok 1956*, Praha 2001 (Edice Obzor, 35), [französische Fassung: *Une déstalinisation manquée. Tchécoslovaquie en 1956*, Bruxelles 2005]. Zum tschechoslowakischen Stalinismus nach wie vor am überzeugendsten H. GORDON SKILLING: *Stalinism and Czechoslovak Political Culture*, in: *Essays in Historical Interpretation*, hrsg. von ROBERT C. TUCKER, New Brunswick u.a. 1999, S. 257-280.

⁵⁰ JULIAN KWIEK: *Rok 1956 w Krakowie i w województwie (wybrane problemy)* [Das Jahr 1956 in Krakau und in der Krakauer Woiwodschaft (Ausgewählte Probleme)], Kraków 1999; RYSZARD KOZŁOWSKI: *Październik '56 w regionie kujawsko-pomorskim w świetle nie publikowanych źródeł PZPR* [Der Oktober 1956 in der Region Kujawien-Pommern im Lichte unveröffentlichter Quellen der PZPR, Włocławek 2004; STANISŁAW CIESIELSKI: *Wrocław 1956 [Breslau 1956]*, Wrocław 1999 (Acta Universitatis Wratislaviensis, 2167); *Październik 1956 na Ziemiach Zachodnich i Północnych. Materiały seminarium naukowego* [Der Oktober 1956 in den West- und Nordgebieten. Materialien aus einem Forschungsseminar], hrsg. von WOJCIECH WRZESIŃSKI, Wrocław 1997 (Prace Historyczne, 20).

⁵¹ BLAIVE (wie Anm. 49).

⁵² Diese Meinung vertritt auch Karel Kaplan: „Während dieser kurzen Zeit [1948-1953; P.K.] hatten sich die Bedingungen in allen Lebensbereichen von Grund auf verändert. Auf politischer Ebene beherrschte der kommunistische Machtapparat die gesamte Gesellschaft; er hatte alle Quellen möglichen Widerstands liquidiert und die bürgerliche Gesellschaft ausgeschaltet; die kommunistische Partei war zum tragenden Gerüst der totalitären Herrschaft geworden.“ KAREL KAPLAN: *Die Ereignisse des Jahres 1956 in der Tschechoslowakei*, in: *Das Jahr 1956 in Ostmitteleuropa* (wie Anm. 9), S. 31-45, hier S. 31. PETER HEUMOS: *Stalinismus in der Tschechoslowakei. Forschungslage und sozialgeschichtliche Anmerkungen am Beispiel der Industriearbeiterschaft*, in: *Journal of Modern European History* 2 (2004), S. 82-109, stellt indessen eine enorme soziale Dynamik der frühen 1950er Jahre am Beispiel der tschechischen Arbeiterschaft fest. Zu der Diskussion über die „entdifferenzierte“ bzw. „stillgelegte Gesellschaft“ in der

IV. Politisierung in den lokalen Parteimilieus im Jahr 1956: Das Beispiel der Diskussionen über den „Personenkult“

Zur Erfassung der Politisierung jenseits der engeren Parteiführungen oder der parteinahen Intellektuellenmilieus werden nun als Fallbeispiele die kontroversen Diskussionen in den Parteiorganisationen unmittelbar nach dem XX. Parteitag in den Blick genommen, die sich hauptsächlich um die Deutung des „Personenkults“ drehten.⁵³ In diesen Situationen wurden der identitätsstiftende Geschichts- und Fortschrittsbegriff umgedeutet und fundamentale Antagonismen umformuliert, wobei die emotionale Dimension der kollektiven Selbstwahrnehmung deutlich in den Vordergrund trat. Zugleich sind neben den differierenden Identitätsentwürfen die Vorgänge zu erschließen, in deren Verlauf diese Differenzen zugunsten einer einheitlichen Konsensordnung beigelegt wurden, die ein Weiterbestehen der Parteiherrschaft ermöglichte.

Ausgegangen wird von der Annahme, dass die Debatten und Kontroversen im Parteialltag als eine „Praxis der Vielen“⁵⁴ Schaufenster für umfassende legitimationskulturelle Veränderungen der kommunistischen Parteien darstellten. Es geht im Folgenden nicht darum, an der Parteibasis Spuren des Widerstands zu entdecken. Ziel ist vielmehr, die Dynamik und den anschließenden Rückgang der Politisierung der Staatsparteien anhand der Deutungsvielfalt in lokalen kommunistischen Milieus präziser zu verstehen. Dazu gehören selbstverständlich auch ephemere Erscheinungen, argumentative Sackgassen und gescheiterte Entwürfe, die ein komplexeres Bild der politischen Wirklichkeit vermitteln und ein besseres Verständnis für das geben, was sich am Ende durchsetzte: Was bedeuteten eigentlich der kommunistische Zukunftsentwurf und seine menschheitsgeschichtliche Einbettung für die Kommunisten vor Ort? Wie deuteten diese seine konkreten geschichtlichen Ausprägungen angesichts der Erschütterungen um 1956? Was bedeutete Entstalinisierung für die Parteimitglieder? Wie haben sie ihr Bild der Partei sowie ihr Selbstverständnis als Kommunisten artikuliert und umgewandelt während der

Geschichtsschreibung zur DDR siehe COREY ROSS: *The East German Dictatorship. Problems and Perspectives in the Interpretation of the GDR*, London 2002, S. 43-68.

⁵³ Vgl. SUSANNE SCHATTENBERG: „Democracy“ or „Despotism“? How the Secret Speech was Translated into Everyday Life, in: *Dilemmas of Destalinization. Negotiating Cultural and Social Change in the Khrushchev Era*, hrsg. von POLLY JONES, London 2006 (BASEES-RoutledgeCurzon Series on Russian and East European Studies, 23), S. 64-79; PAVEL KOLÁŘ: Welch ein Galimathias! Die Auseinandersetzungen in den regionalen und lokalen Organisationen der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei nach dem XX. Parteitag der KPdSU, in: *Alltag und Ideologie im Realsozialismus*, hrsg. von ULF BRUNNBAUER, Berlin 2005 (Berliner Osteuropa Info, 23), S. 34-42.

⁵⁴ ALF LÜDTKE: Stofflichkeit, Macht-Lust und Reiz der Oberflächen. Zu den Perspektiven von Alltagsgeschichte, in: *Sozialgeschichte, Alltagsgeschichte, Mikro-Historie*, hrsg. von WINFRIED SCHULZE, Göttingen 1994, S. 65-80.

bewegenden Ereignisse von 1956? Und wie hat schließlich die Parteibasis neue Legitimationsangebote wahrgenommen?

Die unmittelbar nach dem XX. Parteitag ausgebrochenen Auseinandersetzungen in den regionalen und lokalen Parteiorganisationen stellten ohne Zweifel einen der gewichtigsten Momente der Politisierung während des Jahres 1956 dar.⁵⁵ Sie verliefen zwar in den drei zu untersuchenden Parteien mit unterschiedlicher Chronologie und Intensität, wiesen zugleich aber auch gemeinsame Züge auf, die hier hervorgehoben werden sollen. Beginnen möchte ich mit der Situation in der KSČ.⁵⁶ Laut der etablierten Deutung wurden die kritischen Stimmen und Tendenzen zur Pluralisierung hauptsächlich im April und Mai 1956 durch die von der Parteiführung unter Antonín Novotný eingeleiteten Repressionen von oben erfolgreich ausgegrenzt.⁵⁷ Auch wenn die bisherige Forschung den Reaktionen in den lokalen Parteiorganisationen eine gewisse Aufmerksamkeit gewidmet hat, wurde ihre Bedeutung bislang nicht genügend thematisiert.

Dabei leitete die dynamische Politisierung im Frühjahr 1956 einen Durchbruch in der Diskussionskultur bei Parteiversammlungen ein. Auf emotionale Weise wurden stalinistische Identitäten artikuliert, die plötzlich als Gegenidentitäten galten. Gleichzeitig wurden kritische Stimmen laut, die die Abgrenzung zwischen „uns hier unten“ und „denen da oben“ innerhalb der Partei hervorhoben. Zentrale ideologische Vorgaben wie die Kritik am „Personenkult“ oder „Bürokratismus“ enthielten in örtlichen Zusammenhängen eine unerwartete Stoßrichtung. Es wurden Vorwürfe gegen die zentralen und regionalen Führungen u.a. wegen „bürgerlicher Lebensführung“ oder „unmoralischen Verhaltens“ erhoben.

Diese Auseinandersetzungen spitzten sich insbesondere in der PZPR zu, als im März und April – im Unterschied zu KSČ und SED – die gesamte Geheimrede Nikita Chruščevs in öffentlichen Parteiversammlungen verlesen wurde.⁵⁸ Dieser Vorgang spielte sich im Schatten des sich abzeichnenden Machtkonflikts zwischen reformorientierten und konservativen Kräften in der PZPR ab, der erst durch den „polnischen Oktober“, die Machtübernahme durch Władysław Gomułka, beigelegt wurde. Erheblich weniger wurde dann

⁵⁵ Die folgenden Ausführungen stützen sich auf meine Forschungen in einigen regionalen Parteiorganisationen: KSČ: Bezirke Ústí nad Labem (Aussig), Liberec (Reichenberg) und Ostrava (Ostrau); PZPR: Woiwodschaften Katowice (Kattowitz), Łódź (Lodz), Wrocław (Breslau) und Kielce; SED: Bezirk Halle.

⁵⁶ BLAIVE (wie Anm. 49), S. 35-54.

⁵⁷ JIŘÍ PERNES: *Krise komunistického režimu v Československu v 50. letech 20. století* [Die Krise des kommunistischen Regimes in der Tschechoslowakei der 1950er Jahre], Brno 2008, S. 143-151.

⁵⁸ PAWEŁ MACHCEWICZ: *Polski rok 1956* [Das polnische Jahr 1956], Warszawa 1993; DERS.: *Der Umbruch 1956 in Polen. Gesellschaftliches Bewusstsein, Massenbewegung, politische Krise*, in: *Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa 1953-1956* (wie Anm. 9), S. 139-164, hier S. 144 ff.

in der SED diskutiert, aber auch hier tauchten kritische Ansätze auf.⁵⁹ Vor allem wurden an den im Vergleich zu anderen Ostblock-Staaten besonders parteinahen Universitäten in Reaktion auf Walter Ulbrichts Erklärung zum XX. Parteitag, dem „großartigsten Understatement der neueren Geschichte“ (Stefan Heym)⁶⁰, zahlreiche kritische Äußerungen formuliert.⁶¹ Alles in allem hatte in jeder der drei Parteien die Politisierung unterschiedliche Dauer, Intensität und Ergebnisse, aber jeweils mit weitreichenden Konsequenzen für die Ausgestaltung der kommunistischen Identitäten bezüglich ihrer drei wichtigsten Säulen – der geltenden Aufteilung der Welt in Freunde und Feinde, der teleologischen Fortschrittsgeschichte und der führenden Rolle der Partei als eines Kollektivs von Gleichgesinnten.⁶²

Das zentrale Thema dieser frühen Debatten war der Umgang mit der von Chruščev geübten Kritik am „Personenkult“ (tschech. *kult osobnosti*, poln. *kult jednostki*), die die bis dahin zentrale Identifikationsgröße des kommunistischen Glaubens im Stalinismus problematisierte.⁶³ Bereits die unmittelbaren Reaktionen markierten das Feld der parteiinternen Differenzierung, die für die Folgezeit charakteristisch war. Sicherlich gab es auf der einen Seite entschiedene Reformer, die resolut mit dem Stalinismus brechen wollten, und zugleich fanden sich auch Befürworter einer gewissen Kontinuität mit dem Stalinismus (vor allem in der SED und der KSČ, aber teilweise auch in der PZPR).⁶⁴

Wie jedoch eine Momentaufnahme vom Frühjahr 1956 zeigt, waren die Parteidebatten vor allem von Verunsicherung, Ambivalenz und Widersprüchen geprägt. Allgemein ist festzuhalten, dass die Diskussionen über den „Personenkult“ in den lokalen und regionalen Parteiversammlungen, wie auch früher üblich, zunächst die thematische und begriffliche Struktur der Schlüsseltex-te und Richtlinien des Zentralkomitees nachzeichneten. Dennoch erhielten die Zentralvorgaben durch ihre Aneignung und Umdeutung in lokalen Verhältnissen oft eine besondere Eigendynamik, die die bisher geltende Sprechordnung zu sprengen drohte.

⁵⁹ WILFRIEDE OTTO: Ansätze kritischer Geschichtsreflexionen 1956, in: Zwischen Aufbruch und Abbruch. Die DDR im Jahre 1956, hrsg. von SIEGFRIED PROKOP, Berlin 2006 (Edition Zeitgeschichte, 41; Schriften der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 1), S. 27-50, hier S. 28 ff.

⁶⁰ Zit. nach STEFAN WOLLE: Die DDR zwischen Tauwetter und Kaltem Krieg. „Mutmaßungen“ über das Jahr 1956, in: Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa 1953-1956 (wie Anm. 9), S. 294-330, hier S. 303.

⁶¹ Ebenda, S. 314-320.

⁶² Vgl. BRACKE, Which Socialism (wie Anm. 4), S. 17 ff.

⁶³ Zum Begriff des Personenkults: Personality Cults in Stalinism, hrsg. von KLAUS HELLER, Göttingen 2004; The Leader Cult in Communist Dictatorships. Stalin and the Eastern Bloc, hrsg. von BALÁZS APOR u.a., Basingstoke 2004.

⁶⁴ Zu dieser Differenzierung MEUSCHEL (wie Anm. 3), S. 124; SIEGFRIED PROKOP: Die DDR im Jahre 1956, in: Zwischen Aufbruch und Abbruch (wie Anm. 59), S. 15-26, hier S. 17 f.

Allein die Tatsache, dass in den Parteiversammlungen zum ersten Mal ein offener Meinungsaustausch stattfand, wurde von den Parteifunktionären offenbar mit Erstaunen wahrgenommen, denn in den Bewertungen der Sitzungen wurden gerade die „Ungewöhnlichkeit“ und „Präzedenzlosigkeit“ der Situation betont. Die Diskussionen wurden z.B. als „ungewöhnlich offen“, „kritisch und neugierig“, „fruchtbar und reichhaltig“ oder „stürmisch wie in der Zwischenkriegszeit“ bezeichnet, ebenso seien sie durch eine „ungewöhnlich gespannte ideologische Atmosphäre“ geprägt gewesen.⁶⁵ Ohne die langfristige Bedeutung der Ereignisse voraussehen zu können, charakterisierte man die Parteidiskussionen im Anschluss an den XX. Parteitag als eine „absolute Veränderung im Leben unserer Grundparteiorganisationen“ oder „weitreichende Veränderungen im Parteileben.“⁶⁶ Dass die Situation im Frühjahr 1956 offensichtlich einen Durchbruch in der Diskussionskultur bei Parteiversammlungen bedeutete, belegen sowohl die ungewöhnlich hohe Zahl der Diskussionssteilnehmer – die Protokollbände aller drei Parteien werden im Vergleich zu den vorherigen Jahren erheblich umfangreicher – als auch vor allem die Tatsache, dass die meisten Parteimitglieder erst nach dem XX. Parteitag zum ersten Mal im Plenum einen Diskussionsbeitrag lieferten.

Die außerordentliche Situation nach dem XX. Parteitag ermunterte offensichtlich dazu, Hemmungen zu überwinden. Allerdings wäre es unzutreffend, die vorherige Nichtbeteiligung an der Diskussion lediglich als Folge einer Angst vor Sanktionen zu deuten. Bei einem genaueren Blick auf die Protokolle der Parteiversammlungen lassen sich diverse Rednerhierarchien erkennen, die nicht unbedingt die Trennlinie zwischen den führenden Funktionären und den Hinterbänkeln nachzeichneten. So weigerten sich einige Parteifunktionäre zu sprechen, weil sie etwa von ihrer eigenen „ungenügenden theoretischen Bildung“ überzeugt waren oder deswegen, weil „früher nur die Sekretäre oder Funktionäre, die eine Schulung durchgemacht hatten, diskutierten. Deshalb haben wir nicht diskutiert, weil wir glaubten, wenn wir etwas falsch gesagt hätten, hätten die Genossen über uns gelacht, und dann haben wir Lampenfieber bekommen.“⁶⁷

Oft wurde nachdrücklich darauf hingewiesen, dass die Plenarsitzungen erst nach dem XX. Parteitag zu wirklichen Diskussionen geworden seien, während es vorher nach den Referaten üblicherweise keine Fragen an die leitenden Funktionäre gegeben habe. Nun war es möglich, offen einen arglosen

⁶⁵ Archiwum Akt Nowych [Archiv der Neuen Akten, künftig zit. AAN], KC PZPR, Wydział Organizacyjny, 237/VII-2952, KW Katowice, Plenarne posiedzenia, 5.-6. 10. 1956, Bl. 7.

⁶⁶ Zemský archiv v Opavě [Landesarchiv Troppau, künftig zit. ZA Opava], KSČ-Bezirksausschuss Ostrava, Plenarsitzung vom 29.04.1956, Bl. 28, Referat Kolář.

⁶⁷ Státní oblastní archiv Litoměřice [Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, künftig zit. SOA Litoměřice], KSČ-Bezirksausschuss Ústí nad Labem, Karton 7, Plenarsitzung vom 28.04.1956, Bl. 33, Diskussionsbeitrag Houžvička, und Bl. 53, Diskussionsbeitrag Květoňová.

Wahrheitsglauben zu artikulieren, der die Diskussionen ungeachtet der besprochenen Themen prägte. Eine KSČ-Funktionärin, die ihren Diskussionsbeitrag hauptsächlich den Schwierigkeiten beim Vertrieb von Süßspeisen in ihrem Bezirk widmete, beharrte auf der neu entdeckten Notwendigkeit, die Wahrheit zu sprechen:

„Den Menschen soll man die Wahrheit sagen. Heute habe ich zum ersten Mal diskutiert. Ich weiß nicht, ob es richtig war; aber ich habe nach meinem besten Wissen und Gewissen gehandelt, und glaubt mir, ich habe von ganzem Herzen gesprochen.“⁶⁸

Die Betonung der „Wahrheit“ unterstrich die Distanzierung von der mit Verzerrungen belasteten jüngsten Vergangenheit. Es schien den Parteifunktionären unvorstellbar, dass so offene und wahrhaftige Diskussionen noch ein Jahr früher überhaupt möglich gewesen wären⁶⁹, und dies betraf nicht nur die sozialen und wirtschaftlichen Probleme von der Kollektivierung der Landwirtschaft bis hin zur Versorgung mit Lebensmitteln, die vor allem auf den KSČ-Parteiversammlungen seit Mai 1956 wieder wichtiger wurden, sondern auch fundamentale Fragen der ideologischen Grundausrichtung.

Eine spürbare Abweichung von den bislang geltenden Diskussionsgewohnheiten bei Parteiversammlungen stellte schon allein die starke Emotionalisierung der Reaktionen auf die Kritik am „Personenkult“ dar. Diese kam sowohl in den Beiträgen der Sitzungsteilnehmer als auch indirekt in ihren Berichten über den Verlauf der Diskussionen in den Grundorganisationen vor, welche die Bestürzung der Basismitglieder nach der Bekanntgabe der Kritik an Stalin dokumentierten. Die ersten Reaktionen auf die Parteitagsbeschlüsse wurden in den Berichten als „Schock“, „große Tragödie“ oder „riesige, schmerzhaft Erschütterung“ beschrieben⁷⁰, die es unmöglich machten, über die unheimlichen Tatsachen überhaupt zu sprechen. Ein KSČ-Funktionär berichtete, der vorgelesene Bericht habe auf die Parteimitglieder „deprimierend gewirkt, es war schwierig zu diskutieren“⁷¹, die Reaktionen wurden als Leiden⁷² oder

⁶⁸ SOA Litoměřice, KSČ-Bezirksausschuss Ústí nad Labem, Karton 7, Plenarsitzung vom 28.04.1956, Bl. 54, Diskussionsbeitrag Květoňová.

⁶⁹ Státní okresní archiv Liberec [Staatliches Kreisarchiv Reichenberg, künftig zit. SOkA Liberec], KSČ-Kreisausschuss Liberec, Karton 6, Plenarsitzung vom 14.05.1956, Diskussionsbeiträge Táborský und Jung.

⁷⁰ AAN, KC PZPR, Wydział Organizacyjny, 237/VII-3719, KW Wrocław, Protokół z narady aktywu partyjnego z dnia 29. 3. 1956.

⁷¹ SOA Litoměřice, KSČ-Bezirksausschuss Liberec, Karton 54, Sitzung des Ausschussbüros vom 24.05.1956.

⁷² „Nicht wenige Parteimitglieder haben mit unverhohlenem Leiden die Art und Weise wahrgenommen, wie der XX. Parteitag die Frage des Genossen Stalin und der ganzen Partei behandelte.“ ZA Opava, KSČ-Bezirksausschuss Ostrova, Plenarsitzung vom 29.04.1956, Bl. 28, Referat Kolář.

auch als Widerwille⁷³ charakterisiert. Dabei wurde oft berichtet, wie hochempfindlich insbesondere weibliche Parteimitglieder gegenüber der Kritik an Stalin seien. In der KSČ-Organisation Ostrava mussten die Genossinnen laut eines Berichts während der Verlesung des Referats den Saal verlassen, „weil es ihr Herz nicht vertragen könne“.⁷⁴ Damit bekam das Bild der Kommunistin als unerschrockene, an der Seite der Männer stehende Kämpferin für den Aufbau deutliche Risse.⁷⁵

Nicht nur Kommunistinnen, auch Jugendliche als Zukunftsträger der Partei reagierten bestürzt – so z.B. junge Parteifunktionäre, die während der Stalin-Zeit politisch sozialisiert worden waren und sich besonders engagiert hatten. Im PZPR-Komitee Wrocław berichtete eine Parteifunktionärin, dass ihr Sohn, der während der Stalin-Zeit als Propagandist tätig gewesen sei und „die ganze Zeit unsere Linie verteidigt“ habe, zusammengebrochen sei.⁷⁶ Auch in der SED waren es junge, während der „Aufbauphase“ politisch-ideologisch sozialisierte Parteiarbeiter, die mit der größten Enttäuschung und dem größten Unverständnis auf die Ergebnisse des XX. Parteitags reagierten. Ein junger Klubhausleiter, der in „unserer Ordnung“ groß geworden war und wie viele andere Jugendliche „um das Stalin-Banner gekämpft hat“, fragte, wie es möglich gewesen sei,

„dass sich so etwas hat entwickeln können und warum [...] hier die KPdSU, deren Mitglied doch Genosse Stalin war, nicht [hat] erziehen können. Das ist die Frage, die mich bewegt als jungen Menschen.“⁷⁷

Es blieb jedoch keineswegs bei der bloßen Schilderung des Leidens und des Unverständnisses einzelner Kommunisten. Die Teilnehmer der Parteidiskussionen traten nicht nur als passive Mitleidende auf, sondern bezogen die weltgeschichtlichen Vorgänge auf ihre eigene Lebenssituation und ihre bisherigen Handlungen. Die Parteimitglieder unternahmen Selbstdeutungsversuche in dem neu entstandenen weltgeschichtlichen Kontext. Damit offenbarte sich eine tiefe Verzweiflung, die allerdings mit der ritualisierten stalinistischen „Selbstkritik“ nicht gleichzusetzen ist, die im Grunde als eine durch höhere

⁷³ „Als Genosse Kolář uns den Bericht des Zentralkomitees über die Beschlüsse des XX. Parteitages vorgetragen hat, haben manche Passagen tatsächlich Ekel erregt.“ Ebenda, Plenarsitzung vom 3.-4.04.1956, Bl. 15, Diskussionsbeitrag Měkyna.

⁷⁴ Archiv města Ostravy [Stadtarchiv Ostrau, künftig zit. MA Ostrava], KSČ-Stadtausschuss Ostrava, Plenarsitzung vom 5.05.1956, Referat in der Plenarsitzung.

⁷⁵ Vgl. JAN C. BEHREND: Schwester, Freundin und Vorbild. Bilder der „sowjetischen Frau“ im stalinistischen Polen und in der SBZ/DDR, in: *Geschlechterbeziehungen in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg. Soziale Praxis und Konstruktion von Geschlechterbildern*, hrsg. von CLAUDIA KRAFT, München 2008 (Bad Wiesseer Tagungen des Collegium Carolinum, 25), S. 59-86.

⁷⁶ AAN, KC PZPR, Wydział Organizacyjny, 237/VII-3719, KW Wrocław, protokół z narady aktywu partyjnego z dnia 29. 3. 1956, Bl. 64.

⁷⁷ Landeshauptarchiv Merseburg, SED, IV/413/2/17, Sitzung der Kreisleitung Mansfeld, 12.4.1956.

Parteiinstanzen inszenierte Parteiöffentlichkeit, als Raum für Denunziationskampagnen fungierte.⁷⁸ Keine klaren „Schuldeingeständnisse“, sondern Äußerungen von Enttäuschung, Verunsicherung und Verwirrung dominierten in den ichbezogenen Diskussionsbeiträgen.

Am schwierigsten hatten es die Propagandisten und Ideologen, die alle ihre bisherigen Leistungen angegriffen, wenn nicht gar vernichtet sahen. Ein Mitarbeiter des KSČ-Apparats gestand, dass er „nicht der Einzige war, der gestern nur schwer einschlief, und es war nicht deswegen, weil ich anderweitige Sorgen hätte, sondern deswegen, weil ich mich an eine ganze Reihe meiner Referate erinnerte, die ich als Propagandist vortrug, als ich über die Fragen des XX. Parteitages sprach, über Stalin, über die Fragen des Weges zum Sozialismus und der Entwicklung der Welt überhaupt.“⁷⁹ Bemerkenswert an dem zitierten Beispiel ist – und daran wird der grundsätzliche Unterschied zu den stalinistischen „Selbstkritik“-Ritualen deutlich –, dass in seinen folgenden Ausführungen die Verantwortung entpersonalisiert und im Grunde einer höheren Ebene, nämlich der Partei als Ganzem, zugeschrieben wurde: „Ich gehöre der jüngeren Generation an, die sehr stark durch Stalins Werke beeinflusst ist. Ab und zu sind wir auf Probleme gestoßen, die wir mit aller Kraft verteidigt haben. Ich glaube, dass wir schon einmal eine solche Verwirrung erlebt haben, es war während der Slánský-Affäre. Damals sagte Genosse Gottwald, dass man der Partei glauben muss. Unser Vertrauen in die Partei als solche und in das Zentralkomitee war uneingeschränkt.“⁸⁰

Die Tiefe dieser Verzweiflung zeigt deutlich, wie sehr die kommunistischen Selbstentwürfe vom Drang nach Einheit und Integration geprägt waren und wie sehr die Zugehörigkeit zu der und das Sich-Verlassen auf die Partei eine existenzielle Bedeutung für die Kommunisten hatte. Zugleich aber wird auch deutlich, dass das Potential utopischer Energien bei den Parteimitgliedern bei weitem noch nicht erschöpft war: Vor allem die Partei als eine unerschütterliche Autorität schien immer wieder bestätigt zu werden, wobei sich allerdings das Verhältnis zwischen der Führung und der Basis grundsätzlich veränderte.

Neben der ungewöhnlichen Emotionalisierung und Selbstbezogenheit zeigte sich die Auflösung der bislang homogenen Sprechordnung auch darin, wie der Orientierungsverlust und die Verwirrung, die nach der Offenbarung der bestürzenden Tatsachen einsetzten und zugleich jedoch die Sehnsucht

⁷⁸ Zur „Selbstkritik“ in der stalinistischen Sowjetunion siehe LORENZ ERREN: Zum Ursprung einiger Besonderheiten der sowjetischen Parteiöffentlichkeit. Der stalinistische Untertan und die „Selbstkritik“ in den dreißiger Jahren, in: Sphären von Öffentlichkeit (wie Anm. 11), S. 131-163.

⁷⁹ ZA Opava, KSČ-Bezirksausschuss Ostrava, Plenarsitzung vom 3.-4.04.1956, Bl. 7, Diskussionsbeitrag Filipi.

⁸⁰ Ebenda. Gemeint ist der Schauprozess gegen den Generalsekretär der KSČ Rudolf Slánský, der 1952 als „Leiter eines staatsfeindlichen Verschwörungszentrums“ verurteilt und hingerichtet wurde.

nach Ordnung und Wiederherstellung von Sicherheit ausdrückten, artikuliert wurden. Hatte einst ein unerschütterlicher Glaube an die Parteiführung bzw. Stalin vorgeherrscht, war nunmehr plötzlich von „Verwirrung im Kopf“ und „totalem Chaos“ die Rede – mit solchen Wendungen begannen viele Diskussionsteilnehmer ihre Beiträge in den Plenarsitzungen seit März 1956. Als eine beliebte Beschreibung schien dabei im tschechoslowakischen und im polnischen Fall der Ausdruck „Galimathias“ (tschech. *galimatyáš*, poln. *Galimatias*, „verworrenes Gerede“) zu sein, der sowohl für die Unbegreiflichkeit der Vorgänge in der großen Politik als auch etwa für Streitereien über die Zusammensetzung des Schweinefutters verwendet wurde.⁸¹

Was die Parteimitglieder „Galimathias“ nannten, hieß seitdem in der offiziellen Parteisprache „ideologische Unklarheiten“, die es aus der Sicht des Zentrums zu bekämpfen galt, wenn auch nicht mehr mittels Repressionen, sondern durch systematische Überzeugungsarbeit (neu war außerdem, dass diesmal die „Unklarheiten“ spontan von unten formuliert wurden). Auch die meisten Diskussionsteilnehmer begriffen schließlich, dass sich ihr momentaner Orientierungsverlust überwinden ließ. Man konnte seine eigene Verwirrung lediglich als ein vorübergehendes Moment der Schwäche schildern, das man mit eigenen Kräften zu bewältigen glaubte. Ein KSČ-Mitglied aus Ostrava führte an, er käme sich nach dem Referat

„wie verprügelt vor. Diesen Persönlichkeitskult habe ich nie gepflegt, aber gestern wurde er in mir endgültig zerschlagen. Das Gedankenchaos, das in meinem Kopf entstand, muss ich irgendwie bewältigen, ich muss eine Lösung finden.“⁸²

Man glaubte stark daran, dass die Unordnung wieder in Ordnung verwandelt werden könne, und zwar vor allem mit Hilfe des kommunistischen Großkollektivs – der mit einer welthistorischen Mission betrauten Partei, der mittels neuer Losungen wie „kollektive Führung“ und „Rückkehr zu Lenin“ der Rücken gestärkt werden sollte.

Trotz der präzedenzlosen Verunsicherung glaubten also die meisten Kommunisten, sich auf die „Weisheit der Partei“ verlassen zu können, habe es doch noch nie ein Problem gegeben, das die Partei nicht habe lösen können.⁸³ Zugleich galt die notwendige Aufarbeitung des „Personenkults“ als ein langjähriger Prozess – der „erkrankte Organismus“ der Partei, wenn auch nur „von einem Fieber befallen“, war nicht so schnell zu heilen.⁸⁴ Überhaupt war

⁸¹ SOkA Liberec, KSČ-Kreisausschuss Liberec, Karton 6, Plenarsitzung vom 7.04.1956, Diskussionsbeitrag Pícek. AAN, 237/VII-3015, KC PZPR, Wydział Organizacyjny, KW Kielce, Prot. z VI. statutowej Woj. Konferencji Partii odbytej w dni 18. i 19. 12. 1956 w Kielcach, Bl. 30. Vgl. KOLÁŘ, Welch ein Galimathias! (wie Anm. 53).

⁸² ZA Opava, KSČ-Bezirksausschuss Ostrava, Plenarsitzung vom 3.-4.04.1956, Bl. 4, Diskussionsbeitrag Lampa.

⁸³ MA Ostrava, Bestand KSČ, Stadtausschuss Ostrava, Plenarsitzung vom 5.04.1956, Diskussionsbeitrag Kučaj.

⁸⁴ AAN, KC PZPR, Wydział Organizacyjny 237/VII-3010, KW Katowice, protokół z wojewódzkiej narady aktywu partyjnego w sprawie programu działania Partii na wsi,

es einer der Grundzüge der Entstalinisierungskrise, dass die „Partei“ in allen drei hier untersuchten Fällen als wichtigste Vertrauensquelle wiederhergestellt und die Souveränität der Partei als Avantgarde der Arbeiterklasse im Kontrast zu stalinistischen Repressionen erneuert wurde. Die Partei wurde eher als Opfer des Stalinismus denn als Täter wahrgenommen; man exkulperte sie und übertrug die Schuld an eine abstrakte Gewalt, an den „Personenkult“, oder – im polnischen Fall – den „Stalinismus“ bzw., zeitlich definiert, an die „Periode des Stalinismus“ (*okres stalinowski*).

Angesichts der ideologisch-emotionalen Ordnung des Stalinismus überrascht es kaum, dass sich die emotionalen Ausbrüche der einfachen Parteimitglieder insbesondere an Stalins Person entzündeten. Obgleich sich vor allem der tschechoslowakische Stalinismus stärker auf kollektive Großzusammenhänge bezog, wie z.B. die Beziehung der Tschechen und Slowaken zur Sowjetunion und vor allem zur Roten Armee, spielte Stalins Person im kommunistischen Emotionshaushalt dennoch eine bedeutende Rolle. Das bewies nicht zuletzt das im ostmitteleuropäischen Vergleich einzigartige Stalin-Denkmal in Prag, das Stalin an die Spitze einer entschlossenen Menschenmenge platzierte.⁸⁵ In der Tat kamen in den Versammlungen aller drei nationalen Parteien „authentische“ Manifestationen fester stalinistischer Überzeugungen und emotionaler Bindungen an Stalin vor, insbesondere in Bezug auf dessen Verdienste im Zweiten Weltkrieg: Stalin wurde hier vermeintlich ungerechter Kritik gegenüber vor allem als „Befreier“ in Schutz genommen. Dies waren genuin „stalinistische“, ablehnende Reaktionen auf die als Umdeutung der jüngsten Vergangenheit wahrgenommene Kritik am „Personenkult“. Diejenigen, die mit der Neubewertung Stalins nicht einverstanden waren, machten sogar vor Angriffen gegen die Autorität der Parteiführung keinen Halt und trugen zur Erosion der inneren Parteilegitimität bei.

Die lokalen Parteiführungen zeigten sich im Umgang mit überzeugten Stalinisten eher ratlos und zurückhaltend. Zahlreiche Kompromisse mussten eingegangen werden. So stieß z.B. die zentral getroffene Entscheidung, am 1. Mai nicht mehr Stalins Bilder zu tragen, an der KSČ-Basis auf vielerlei Kritik.⁸⁶ Nichtsdestoweniger forderten auch einige derjenigen, die ansonsten die Kritik an Systemmängeln akzeptierten, dass Stalin als ein wichtiges Iden-

17. 2. 1956, Bl. 247; AAN, KC PZPR, Wydział Organizacyjny, 237/VII-3719, KW Wrocław, Protokół z narady aktywu partyjnego z dnia 29. 3. 1956, Bl. 48.

⁸⁵ In der Umgangssprache der Prager Bevölkerung als *fronta na maso* (Warteschlange vor der Fleischtheke) bezeichnet. Vgl. MARIUSZ SZCZYGIEL: *Gottland. Reportagen*, Frankfurt a.M. 2008, S. 81-107.

⁸⁶ ZA Opava, KSČ-Bezirksausschuss Ostrava, Plenarsitzung vom 3.-4.04.1956, Bl. 43, Diskussionsbeitrag Poláček. Auch der 1958 in die Bundesrepublik geflohene SED-Funktionär Heinz Brandt hat auf die Ausdauerkraft stalinistischer Überzeugung verwiesen, und zwar am Beispiel der Direktorin der SED-Parteischule, Hanna Wolf: „Ich habe das Stalin-Bild mir an der Wand hängen lassen“, sagte Hanna Wolf zu mir, „wenn es jetzt auch modern geworden ist, es zu entfernen.“ Zit. nach PROKOP (wie Anm. 59), S. 17.

tifikationssymbol von Kritik verschont bleiben solle. Jedenfalls kam in der Bewertung Stalins eine tiefe Verunsicherung und mangelnde Bereitschaft, die neuen Tatsachen als Wirklichkeit wahrzunehmen, zum Vorschein – so ein tschechischer Parteifunktionär:

„In der Diskussion zu Hause hat mir meine Frau gesagt, sie sollten Stalin in Ruhe lassen. Unter Stalin wurde der Krieg gewonnen und wir sollen ihn jetzt vergessen? Ich habe verschiedenes erlebt, aber ich sage euch, gestern ging es mir nicht gut, die Nacht habe ich durchwacht und mich immer wieder daran erinnert, dass das die Wirklichkeit ist.“⁸⁷

Zahlreiche tschechoslowakische, polnische und ostdeutsche Kommunisten waren einfach nicht bereit, die heilige Kuh zu schlachten, so tief war Stalin in den Herzen verwurzelt. Diese Überzeugungen wurden auch von denjenigen, die vom „Personenkult“ abkehren wollten, nicht angegriffen. Man wollte rücksichtvoll mit dem Glauben vor allem der älteren Parteimitglieder umgehen. Es wurde mit einem langwierigen Umbau des auf Stalin ausgerichteten Glaubenssystems mittels Diskussionen und Überzeugungsarbeit gerechnet, denn, wie es in der KSČ hieß, „nur ein Zyniker kann sofort von der Schuld Stalins überzeugt werden“⁸⁸. Diese Wortwahl macht die Bedeutung emotionaler Bindungen in den Integrations- und Legitimationsmechanismen des Stalinismus deutlich. Das Zugehörigkeitsgefühl zum Parteiführer unterstrichen die Stalinisten oft durch den Gebrauch von Familienmetaphern, indem sie Stalin als Vater und Beschützer der Partei-Familie darstellten. Die angeführten Reaktionen der Parteimitglieder verdeutlichen die tiefe Verinnerlichung der emotionalen Bindungen an den Stalin-Kult und die dadurch bedingten Schwierigkeiten einer „Entstalinisierung“, hier wörtlich gemeint als Abschiednahme von Stalin als einem aus dem Leben geschiedenen Familienmitglied. Mögen die emotionalisierten Auftritte der Parteifunktionäre nun eher Stalin-freundlich (Misstrauen gegenüber der Anklage) oder Stalin-kritisch (Bestürzung über die Verbrechen) gewesen bzw. zugunsten der Beschlüsse des Zentralkomitees (ZK) ausgefallen sein oder ihnen eher ablehnend gegenüber gestanden haben: Es steht jedenfalls fest, dass es sich hierbei um eine Freisetzung von Gefühlen handelte, die von den bisherigen Diskussionsnormen gravierend abwich. Dies war kaum im Interesse der Parteiführungen, als sie die parteiinterne Diskussion zögernd eröffneten: Der gelenkte, inszenierte Pathos des früheren Stalin-Kultes wurde durch einen unkontrollierbaren Strom von Emotionen verdrängt.

Zu heftigen Auseinandersetzungen kam es oft dann, wenn über die historischen Entstehungsbedingungen des „Personenkults“ bzw. des Stalinismus räsoniert wurden. Hier geriet die Frage nach Schuld und Verantwortung in den Mittelpunkt, denn oft stand die gesamte Parteiführung in der Kritik,

⁸⁷ ZA Opava, KSČ-Bezirksausschuss Ostrava, Plenarsitzung vom 3.-4.04.1956, Bl. 50, Diskussionsbeitrag Ploskonka.

⁸⁸ Ebenda, Bl. 42, Diskussionsbeitrag Poláček.

wodurch eine Trennungslinie zwischen „oben“ und „unten“ sichtbar wurde. Die eigensinnigen Deutungen des Stalinismus haben das alte ideologische Rätsel um das Verhältnis zwischen Individuum und Kollektiv in der Geschichte und damit auch die Frage nach der breiteren Verantwortung für den „Personenkult“ ins Bewusstsein gerückt. In den Diskussionen vom Frühjahr 1956 gab es viele „stalinistische“ Stimmen, die die Alleinverantwortung Stalins für den „Personenkult“ ablehnten. Chruščevs harte Kritik an Stalin wurde von vielen Rednern schlechthin nicht akzeptiert.

Zwei argumentative Grundfiguren gewannen in diesen kritischen Äußerungen die Oberhand. Erstens wurde der Wahrheitsgehalt der Kritik am „Personenkult“ und an den Verbrechen Stalins grundsätzlich angezweifelt und die ganze Anklage als eine *ex post* fabrizierte Denunziation bzw. als Ergebnis von Machtkämpfen innerhalb der KPdSU-Führung und der persönlichen Ziele Chruščevs desavouiert. Hierbei handelte es sich um eine zuvor unvorstellbare Kritik – wenn auch aus konservativen Positionen – an der allerheiligsten Deutungshoheit des ZK der KPdSU und seines Generalsekretärs. Ein KSČ-Mitglied lehnte die Stalin-Kritik ganz offen ab und zog dabei deren Faktizität schlechthin in Zweifel:

„Ich muss aber nicht gleich alles hinunterschlucken, was gesagt wird. Wo wurden die Materialien gefunden, anhand derer heutzutage geurteilt wird, bei Stalin oder Berija?“⁸⁹

Hier galten „Fakten“ mehr als das Urteil des ZK.

Eine zweite Position bezweifelte zwar nicht die Tatsache der Stalin'schen Verbrechen, lehnte jedoch eine Beschränkung auf Stalin ab und sah bei der gesamten Parteiführung unter dem Stichwort „Mangel an Selbstkritik“ Versäumnisse. Dadurch wurde Stalin teilweise entlastet und die Ursachen des „Personenkults“ vielmehr auf seine servile, heuchlerische Umgebung zurückgeführt, die von rückgratlosen Jasagern beherrscht worden sei:

„Ich glaube, dass der Personenkult nicht entstehen konnte ohne persönliche Verdienste des betreffenden Genossen und ohne Lobhudler, die ihn umgaben. Es gab eine ganze Reihe von Lobhudlern, die Stalin irreführten. Der Personenkult ist nicht nur da oben, er ist tief in unserem Leben verwurzelt.“⁹⁰

Indem das Versagen des kommunistischen Großkollektivs betont wurde, etablierte sich eine andere Sicht auf die „Reinheit der Partei“. In diesem Zusammenhang wurde oft die Frage gestellt, ob Stalin seinen „Personenkult“ selbst geschaffen habe oder vielmehr seine glorifizierende Umgebung bzw. die Partei als Ganzes? Zu dieser Frage gingen die Meinungen weit auseinander: Neben den Deutungen, die Stalin verteidigten, kamen auch jene zu Wort, die hervorhoben, wie sehr die Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion zugunsten Stalins verfälscht worden sei. In der PZPR, wo in

⁸⁹ MA Ostrava, KSČ-Stadtausschuss Ostrava, Plenarsitzung vom 5.04.1956, Diskussionsbeitrag Penkala.

⁹⁰ Ebenda, Diskussionsbeitrag Manišovský.

erster Linie über die Auflösung der Kommunistischen Partei Polens (*Komunistyczna Partia Polski*) durch Stalin im Jahr 1938 heftig diskutiert wurde⁹¹, war die Kritik am stalinistischen Geschichtsbild am stärksten:

„Es ist doch für niemanden ein Geheimnis, dass der Kurze Lehrgang der KPdSU (B) von Stalin so überarbeitet wurde, dass seine Person in den Vordergrund gestellt wurde. Und auch Stalin schrieb über sich selbst so, dass er sich selbst in den Vordergrund stellte. Was ist das denn, wenn nicht die Pflege des eigenen Personenkultes?“⁹²

Der parteiinterne Konflikt war damit auch ein Konflikt zwischen zwei unterschiedlichen Meistererzählungen der Parteigeschichte.

Der anfängliche Plan Chruščëvs und der nationalen Parteiführungen, die Verantwortung für die Entstehung des „Personenkults“ vor allem Stalin selbst zuzuschreiben und damit die Partei zu retten, ging nicht auf. Meistens deuteten die Parteimitglieder den „Personenkult“ als eine kollektive, systemimmanente Erscheinung: Der Stalin-Kult habe nur entstehen können, weil ihn Nikolaj Bulganin, Anastas Mikojan und andere „Lobhudler“ geschaffen hätten. Die Selbstkritik des ZK wurde als „unkonkret“ kritisiert – man wollte Namen hören. Um die Widersprüchlichkeit der offiziellen Parteibeschlüsse zu zeigen, wurden in den Sitzungen sogar die Reden von Mikojan auf dem XIX. und dem XX. Parteitag verglichen oder ein ganzes Referat von Sergej Kirov über Stalin vorgelesen, das die „Lobhudelei“ vergegenwärtigen sollte.⁹³

Solche zweifelnden Stimmen, die nach einer breiteren Verantwortung riefen, kamen vor allem in der PZPR frei zu Wort: Wo war die KPdSU-Führung zu der Zeit gewesen, „als der Kult der Persönlichkeit so hoch gewachsen ist? Was für eine Garantie haben wir, dass dieselben Leute, die damals in Stalins Nähe waren, den früheren Zustand des Personenkults nicht zulassen?“⁹⁴ Die Bekenntnisse zur Verantwortung der Partei und Selbstkritik mischten sich allerdings mit dem Hinweis auf überpersönliche und nichtkontrollierbare Mechanismen, „nichtparteiliche Elemente“, wie z.B. die „Berija-Herrschaft“ (*berioŹszczyzna*).⁹⁵ Im Unterschied zur KSČ und SED wurden in der PZPR auch die Begriffe „Stalinismus“ bzw. „Periode des Stalinismus“ (*okres stalinizmu, okres stalinowski*) öffentlich gebraucht, wodurch die historische Distanz zur vorherigen Epoche und ihre Abgeschlossenheit verdeutlicht wurden.⁹⁶ Der

⁹¹ MACHCEWICZ (wie Anm. 58), S. 144 f.

⁹² AAN, KC PZPR, Wydział Organizacyjny 237/VII-3268, KW Łódź, Protokół z narady członków plenum KW i KŁ aparatu partyjnego i aktywu woj. łódzkiego 10. 3. 56 na temat XX. zjazdu KPZR, Bl. 101 ff.

⁹³ ZA Opava, KSČ-Bezirksausschuss Ostrava, Plenarsitzung vom 3.-4.04.1956, Bl. 8, Diskussionsbeitrag Filipi; Plenarsitzung vom 5.04.1956, Diskussionsbeitrag Mladěnka.

⁹⁴ AAN, KC PZPR, Wydział Organizacyjny, 237/VII-3719, KW Wrocław, Protokół z narady aktywu partyjnego z dnia 29. 3. 1956, Bl. 43.

⁹⁵ Ebenda, Bl. 66.

⁹⁶ Siehe DARIUSZ JAROSZ: *Polacy a Stalinizm 1948-1956* [Die Polen und der Stalinismus 1948-1956], Warszawa 2000.

„Personenkult“ wurde als ein riesiger Moloch beschrieben, der die Partei im Griff habe, oder als eine Krankheit, die den gesamten Parteikörper erfasse und paralysiere:

„Wir erleben eine Tragödie der gesamten internationalen Arbeiterbewegung. Die ganze Sache hat sich mehr als zwanzig Jahre hingezogen. Es betrifft nicht nur Stalin, Moskau oder Warschau. Der Personenkult ist auch ein Problem der Woiwodschafts-, Kreis- und Betriebsparteikomitees, der Direktoren, es ist ein Problem von uns allen, es ist eine Krankheit.“⁹⁷

Allerdings war der Begriff „Stalinismus“, obwohl man ihn öffentlich gebrauchte, auch in der PZPR durchaus umstritten, und man behandelte z.B. die Frage, wer nun eigentlich als „Stalinist“ gelten sollte, mit großer Sensibilität:

„Es wurde hier gesagt, dass alle Stalinisten gehen müssen. Und ich frage, wer denn hier kein Stalinist ist? Wir sind doch alle in der Partei seit einigen Jahren. Man kann das ganze Problem so sehen: Weil die ganze Partei stalinistisch war, lösen wir sie auf und diejenigen, die sich die ganze Zeit nicht zu Wort gemeldet haben oder nur deswegen in der Partei waren, weil es ihnen schwer fiel, auszuweichen, werden wir in die Führungspositionen befördern. Das ist meiner Meinung nach ein unparteiischer Standpunkt.“⁹⁸

Ein erhebliches Problem scheint darin gelegen zu haben zu bestimmen, wo die Grenzen des Stalinismus und des „Personenkults“ zu setzen waren. Häufig warnte man davor, dass die Kritik am „Personenkult“ nicht in einen Autoritätsverlust der Führungspersonen in Partei, Staat und Betrieben münden dürfe.⁹⁹ Die Bestimmung der Grenzen des Stalinismus war zugleich auch eine Frage nach der historischen Kontinuität der Partei: Was war eigentlich die stalinistische Partei gewesen, wo fing der Post-Stalinismus an, wo lagen die Trennlinien?

Die Ausweitung des Begriffs „Personenkult“ auf breitere Kreise der Parteiführungen und Kollektivorgane, ob „stalinistisch“ oder „reformistisch“ motiviert, beschränkte sich keineswegs nur auf die KPdSU und die sowjetischen Führer, sondern wurde auch bei der Kritik der jeweiligen nationalen Parteiführung reichlich genutzt. Dabei ging es um die historische Umwertung der „kleinen Stalins“ Bolesław Bierut, Klement Gottwald und Walter Ulbricht. In der KSČ war der 1953 verstorbene, bisher als bescheiden geltende Gottwald dem Vorwurf des „Personenkults“ ausgesetzt, doch wollte die Parteiführung Gottwald – trotz einiger Zugeständnisse in Novotnýs ZK-Referat Ende März¹⁰⁰ – als Symbol um jeden Preis retten, um eine historische Kontinuität der KSČ von der Zwischenkriegszeit über den antifaschistischen Widerstand hin zum Aufbau des Sozialismus zu sichern. Dennoch wurde der

⁹⁷ AAN, KC PZPR, Wydział Organizacyjny, 237/VII-3719, KW Wrocław, Protokół z narady aktywu partyjnego z dnia 29. 3. 1956, Bl. 64.

⁹⁸ Ebenda, 237/VII-3691, KW Wrocław, Plenarne posiedzenia, 5-6. 10. 1956, Bl. 221.

⁹⁹ Ebenda, Plenarne posiedzenia, 28. 5. 1956, Bl. 27.

¹⁰⁰ BLAIVE (wie Anm. 49), S. 62.

Standpunkt der KSČ-Führung an der Parteibasis nicht immer geteilt. Zum Beispiel wurden in Ostrava die „Oden an den Genossen Gottwald“ des Kulturministers Václav Kopecký kritisiert, der sogar als „zweiter Goebbels“ bezeichnet wurde.¹⁰¹

Blieb die Kritik an Gottwalds „Personenkult“ noch eher vereinzelt, so geriet die Entlassung des Verteidigungsministers (und Gottwald-Schwiegersohnes) Alexej Čepička aufgrund der „Pflege des Personenkults“ Ende April 1956 zu einem echten parteiinternen Skandal.¹⁰² Kaum ein Diskussionsbeitrag in den regionalen Plenarsitzungen Ende April 1956 ließ sich die Gelegenheit entgehen, Čepičkas „Personenkult“ ebenso wie die damit verbundenen „fundamentalen Missstände“ in der tschechoslowakischen Volksarmee, „der Partei in der Partei“, anzusprechen.¹⁰³ Es ist hier nicht nur von Belang, dass scharfe Kritik an einem – wenn auch entlassenen – Politbüromitglied geübt wurde. Noch wichtiger ist, dass dem ZK massiv vorgeworfen wurde, die tatsächlichen Gründe für Čepičkas Entlassung verschleiert und die Propagandisten in den Regionen „ideologisch unausgerüstet“ den kritischen Fragen der Basismitglieder ausgesetzt zu haben.¹⁰⁴ Gerade die Deutung, man sei vom ZK auf dem ideologischen Schlachtfeld allein gelassen worden, ließ viel kritisches Potential in den lokalen Parteiorganisationen entstehen und trug zur Spaltung zwischen der Parteispitze und den an lokalen Schnittstellen arbeitenden Parteifunktionären bei.

Besondere Virulenz bekamen die Parteidiskussionen über den „Personenkult“ immer dann, wenn sie auf die Angelegenheiten des eigenen Bezirks, Kreises oder der Stadt übertragen wurden, ganz gleich, ob sie die Probleme des Parteilebens, der Justiz, Wirtschaft oder Lebensmittelversorgung betrafen. Die Redner kamen in ihren Beiträgen schnell auf die „Erscheinungen des Personenkults in unserem Bezirk“ zu sprechen, womit sie die Allgegenwart dieser Erscheinung suggerierten. In der Tat bildeten die regionalspezifischen Aspekte der Stalinismus-Kritik („Personenkult in unseren Verhältnissen vor Ort“) einen bedeutenden Bestandteil der parteiinternen Diskussionen, nachdem die Grundbegriffe der Stalinismuskritik wie „unbescheidenes Verhalten“ bzw. „Überheblichkeit gegenüber der Partei“, „Losgelöstheit vom Leben“,

¹⁰¹ ZA Opava, KSČ-Bezirksausschuss Ostrava, Plenarsitzung vom 3.-4.04.1956, Bl. 34, Diskussionsbeitrag Kudělásek.

¹⁰² Zur Rolle von Čepička im Jahr 1956 siehe BLAIVE (wie Anm. 49), S. 121-125. Zum „Skandal“ in der sozialistischen Diktatur siehe: Skandal und Diktatur. Formen öffentlicher Empörung im NS-Staat und in der DDR, hrsg. von MARTIN SABROW, Göttingen 2004.

¹⁰³ SOA Litoměřice, KSČ-Bezirksausschuss Liberec, Karton 9, Plenarsitzung vom 29.04.1956, Bl. 184, Diskussionsbeitrag Koucký.

¹⁰⁴ Für diese und die folgenden Diskussionen siehe Plenarsitzungen des Bezirksausschusses Ústí nad Labem vom 4.04., 28.04. und 14.05.1956, SOA Litoměřice, KSČ-Bezirksausschuss Ústí nad Labem, Karton 7, sowie der Plenarsitzungen des Bezirksausschusses Ostrava vom 3.-4.04. und 29.04.1956, ZA Opava, KSČ-Bezirksausschuss Ostrava, Plenarsitzungen vom 3.-4.04. und 29.04.1956.

„Unterdrückung der Kritik“ bzw. „Mangel an Selbstkritik“, „Bürokratismus“ usw. auch bezüglich der regionalen und lokalen Verhältnisse gängig geworden waren. Viele Erste Sekretäre, Funktionäre der Staatsverwaltung, Betriebsdirektoren sowie leitende Funktionäre der Gewerkschaften und Massenorganisationen gerieten in den Verdacht des „Personenkults“. Hierzu gehörte u.a. die bei Leitungsfunktionären verbreitete Jagdleidenschaft, die Benennung von Einrichtungen nach örtlichen Parteifunktionären oder generell die „Überheblichkeit gegenüber den Parteigenossen“.¹⁰⁵

Andererseits kritisierte man auch das „Suchen nach dem Personenkult um jeden Preis“; es wurden „Ausschweifungen“ angeprangert, etwa wenn jede Anrede „Genosse Vorsitzender“ oder jedes Beifallklatschen gleich als Ausdruck des „Personenkults“ gewertet wurden.¹⁰⁶ Innerparteilich konzentrierte sich die Kritik hauptsächlich auf die „Losgelöstheit der Funktionäre und des Apparats“ von der Mitgliederbasis („Sie kommen nicht unter die Leute“¹⁰⁷), auf die Konkurrenzkämpfe zwischen Apparat und gewählten Organen sowie auf die „Überheblichkeit der Büromitglieder“ gegenüber den restlichen Mitgliedern der Parteileitungen, die aus Sicht der Kritiker zu einer bloßen „Abstimmungsmaschinerie“ verkommen seien.

Aus der Vielfalt der getadelten Missstände ragte die Kritik an der Arbeit der Justiz und Sicherheitsorgane deutlich heraus. Diese vom ZK eingeleitete behutsame Kritik drohte auf lokaler Ebene zu persönlichen Angriffen und Abrechnungen zu eskalieren. Auf den Sitzungen der PZPR und der KSČ gerieten die dort auftretenden lokalen Sicherheitschefs, Richter und Prokuratoren in eine zum Teil sehr harte Kritik von „zivilen“ Parteimitgliedern („Schweinemethoden der Sicherheit“¹⁰⁸). Die Kritik an Sicherheitsorganen und Justiz speiste sich nicht zuletzt aus der traditionellen Vorstellung von einer klaren Abgrenzung zwischen der „sauberen“ Partei und den verdorbenen, korrupten und zum Teil noch durch „Überreste des Kapitalismus“ belasteten Staatsorganen. Gemäß dieser Sichtweise durfte ein echter Kommunist, die sozialistische Moral und Gesetzlichkeit stets im Kopf, nie grundlos physische Gewalt anwenden. „Manche Genossen sagen, es sei nicht möglich, dass ein Kommunist sich zur Anwendung physischer Gewalt hergeben kann. Das sei

¹⁰⁵ Siehe z.B. SOA Litoměřice, KSČ-Bezirksausschuss Ústí nad Labem, Karton 7, Plenarsitzung vom 28.04.1956, Bl. 40, Diskussionsbeitrag Škaloud. Zum Bild der Ersten Sekretäre siehe ROWELL (wie Anm. 27) und HEINZ MESTRUP: Die Ersten und Zweiten Sekretäre der SED. Ein Beitrag zu Handlungsspielräumen von Funktionären in der DDR, in: Deutschland Archiv 36 (2003), S. 950-964; MARIO NIEMANN: Die Sekretäre der SED-Bezirksleitungen 1952-1989, Paderborn 2007; MARCIN ZAREMBA: Drugi stopień drabiny. Kult pierwszych sekretarzy w Polsce [Die zweite Stufe der Leiter. Der Kult der Ersten Sekretäre in Polen], in: PRL trwanie i zmiana (wie Anm. 25), S. 19-38.

¹⁰⁶ SOkA Liberec, KSČ-Kreisauusschuss Liberec, Karton 6, Plenarsitzung vom 14.05.1956, Bl. 7, Diskussionsbeitrag Váňa.

¹⁰⁷ Ebenda, Bl. 8, Diskussionsbeitrag Janák.

¹⁰⁸ SOA Litoměřice, KSČ-Bezirksausschuss Ústí nad Labem, Karton 7, Plenarsitzung vom 28.04.1956, Bl. 47, Diskussionsbeitrag Klepš.

unvereinbar mit dem Denken des Kommunisten, weil wir auch den Klassenfeind anständig und gesetzmäßig behandeln sollen. Es gibt Leute, die die sozialistische Gesetzmäßigkeit sogar ihrer Ehefrau verweigern. Wenn die Frau ihn kritisiert, dass er dauernd in der Kneipe sitzt, dann verprügelt er sie dafür, und da ist es dann kein Wunder, dass manche Sicherheitsorgane den Klassenfeind so behandeln.“¹⁰⁹ Es wurde hier also die Rückkehr zu den als rein wahrgenommenen Wurzeln der Partei, zur Reinheit des idealen Kommunisten gefordert.

Schließlich zielte die innerparteiliche Kritik in starkem Maße auf das „bürgerliche“ und „unmoralische Leben“ höherer Parteifunktionäre, ein Phänomen, das Walter Ulbricht bekanntlich als „Erscheinungen des Spießertums“ bezeichnet hat.¹¹⁰ Jenseits der floskelhaften Hinweise auf die „Fehler der Kaderpolitik“ wurden sowohl die lokalen Funktionäre als auch die zentralen Parteiführungen gnadenlos angeprangert. Innerhalb der KSČ richtete sich die Kritik exemplarisch vor allem gegen Verteidigungsminister Čepička, bei dem angebliche moralische Missstände festgestellt wurden, die seitdem zum allgemeinen Kritikmuster des „Personenkults“ zählten. So wurde Čepička für seine Unbescheidenheit und das Protegieren von Familienmitgliedern („Čepičkas Ehefrau ist angeblich zur Geburt ihres Kindes in die Schweiz gegangen“¹¹¹) sowie für seine „bürgerliche Lebensweise“ wiederholt verurteilt. Diese „bürgerliche Lebensweise“ soll sich dann von den höheren Parteitagen in die Bezirke und Kreise verbreitet haben.¹¹² Funktionäre wurden der Überheblichkeit allein deshalb bezichtigt, weil sie zu den Parteiversammlungen mit dem Auto kamen.¹¹³ Bei solchen Vorwürfen griffen vor allem die aus der Arbeiterschaft stammenden Parteifunktionäre auf das traditionelle Wahrnehmungsmuster zurück, das zwischen „uns hier unten“ und „denen da oben“ scharf unterschied.¹¹⁴ So konnte z.B. die ursprünglich aus der Arbeiterbewegung stammende, abwertende Bezeichnung „Arbeiteraristokratie“ auch für die Kritik an den zeitgenössischen Verhältnissen verwendet werden, denn dieser Auffassung zufolge – sei es nun in der Zwischenkriegszeit oder im Sozialismus – komme es zwangsläufig zu einer Entfremdung der Funktionäre von der Masse der Arbeiter, in deren Zuge die Funktionäre zunehmend die

¹⁰⁹ ZA Opava, KSČ-Bezirksausschuss Ostrava, Plenarsitzung vom 3.-4.04.1956, Bl. 32, Diskussionsbeitrag Bednář.

¹¹⁰ JAN FOITZIK: Ostmitteleuropa zwischen 1953 und 1956. Sozialer Hintergrund und politischer Kontext der Entstalinisierungskrise, in: Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa 1953-1956 (wie Anm. 9), S. 21-54, hier S. 43.

¹¹¹ ZA Opava, KSČ-Bezirksausschuss Ostrava, Plenarsitzung vom 29.04.1956, Bl. 72, Diskussionsbeitrag Kudělásek.

¹¹² Ebenda, Bl. 69, Diskussionsbeitrag Lampa.

¹¹³ SOA Litoměřice, KSČ-Bezirksausschuss Ústí nad Labem, Karton 7, Plenarsitzung vom 28.04.1956, Bl. 53, Diskussionsbeitrag Květoňová.

¹¹⁴ Ähnlich stellt HEUMOS, Stalinismus (wie Anm. 52), S. 99-102, eine Wiederaufnahme gewerkschaftlicher Traditionen bei den tschechischen Industriearbeitern in den 1950er Jahren fest.

Lebensweise des Bürgertums übernehmen und damit eine moralische Zersetzung der gesamten Partei bewirken würden:

„Wir bilden uns eine Arbeiteraristokratie aus, nicht nur aus Bergarbeitern, sondern aus der Intelligenz. Und diesen reicht nicht mal ein Auto, sondern sie halten sich neben der Ehefrau noch zwei, drei Geliebte. Sie wissen nicht, was sie mit dem Geld machen sollen. Unsere Kaderpolitik ermöglicht ihnen eine bürgerliche Lebensweise und dadurch sind sie im Stande, die sozialistische Moral zu zerrütten.“¹¹⁵

Als „Überreste des kapitalistischen Regimes“ wurden wiederholt auch die notorischen Trinkgelage leitender Funktionäre, Promiskuität oder deren Vorliebe für die Jagd angeprangert. Dass man die Neigung einiger KSČ-Funktionäre zum Alkohol ausgesprochen kritisch wahrnahm, verdeutlicht die Tatsache, dass der Vorwurf eines übermäßigen Alkoholkonsums nicht einmal den Mitgliedern der allerhöchsten Parteiführung erspart blieb.¹¹⁶ In der PZPR scheint der Ausdruck *chuligaństwo* als Sammelbegriff fungiert zu haben, der ein breites Spektrum von Missständen inner- und außerhalb der Partei umfasste, vom Alkoholismus der Parteifunktionäre über Diebstahl bis hin zur Fluktuation der Parteikader.¹¹⁷ Mit diesen kritischen Äußerungen wurde die bislang unantastbare Einheit der Partei gestört, stattdessen traten mannigfaltige Differenzen hervor, vor allem zwischen der Parteimasse und der Parteiführung, die sich besonders durch die Übernahme staatlicher Ämter habe verderben lassen und sich dadurch von der „ursprünglichen Reinheit“ der Partei entfernt habe. Es wurde auch eine chronologische Distanz zur Gegenwart formuliert, die sich – namentlich im tschechoslowakischen Fall – in einer nostalgischen Sehnsucht nach der „demokratischen Partei“ der Zwischenkriegszeit ausdrückte. Eine tiefe Spaltung zwischen „uns“ und „ihnen“, zwischen unten und oben, zwischen früher und jetzt schien die „Einheit“ der Partei zu schwächen. Gleichzeitig wurde aber gerade durch das Heraufbeschwören der Erinnerung an die „guten alten Zeiten“ der Parteigeschichte die Hoffnung ausgedrückt, dass die Differenzen überwunden und der Schulterschluss zwischen Parteiführung und Basis wieder hergestellt werden könnten. Indem die Partei eine Bedeutungsverschiebung erfuhr – von einer durch den „Personenkult“ verdorbenen Partei hin zu einer sowohl nach den nationalen („demokratischen“) Traditionen als auch den Leninschen Grundsätzen der

¹¹⁵ ZA Opava, KSČ-Bezirksausschuss Ostrava, Plenarsitzung vom 14.-15.12.1956, Bl. 123, Diskussionsbeitrag Lampa.

¹¹⁶ Indem man versuchte, die angeblich spektakulären Trinkgelage im Politbüro zu bestreiten, gerieten sie erst recht zum Skandal. So beteuerte etwa ein Politbüromitglied, dass „Genosse Zapotocký nicht trinkt, denn auch wenn er wollte, könnte er nicht – er hat ein ärztliches Alkoholverbot.“ Ebenda, Plenarsitzung vom 29.04.1956, Bl. 84, Diskussionsbeitrag Ďuriš.

¹¹⁷ AAN, KC PZPR, Wydział Organizacyjny 237/VII-2952, KW Katowice, Plenarne posiedzenia, 31. 8. 56, Bl. 96 ff.

kollektiven Führung gestalteten Partei –, war die kommunistische Teleologie wieder gerettet.

V. Schluss

Ein auf lokaler Ebene ebenfalls völlig neues Element war das – bisher ausschließlich den zentralen Parteigremien überlassene – Räsonieren über das Wesen der marxistischen Theorie, das durch den allgemeinen Zweifel an Stalin nicht nur als praktisch-politischem Führer, sondern auch als ideengebendem Theoretiker hervorgerufen worden war. „War Stalin Marxist?“ fragte ein PZPR-Mitglied aus Wrocław. Er wollte das bestreiten, weil doch „Marxismus (...) vom Leben hergeleitet wird, er ist doch eine Wissenschaft vom Leben, und viele Abhandlungen des Gen. Stalin waren durch eine Losgelöstheit vom Leben charakterisiert, er ging doch nicht unter die Massen“¹¹⁸. Vor allem im Bezug auf Theoriebildung und Theorieanleitung wurde der für die Entstalinisierung fundamentale Gegensatz zwischen Stalin und Lenin hervorgehoben: Lenin stilisierte man zu einem Antidogmatiker, der den Marxismus lediglich als eine „Arbeitslinie“ definiert habe, die die einzelnen Kommunisten angesichts der realen Bedingungen tagtäglich weiterzuentwickeln hätten. Stalinismus wurde dagegen oft mit „Dogmatismus“ identifiziert, der die Wirklichkeit, aber auch die eigentliche marxistische Theorie „vergewaltigt“ habe.¹¹⁹ Dieser Versuch, eine neue Einheit zu schaffen, endete allerdings in einem oft artikulierten Widerspruch zwischen Theorie und Praxis, die früher bestehende Semantik der Ganzheit zerfiel nach 1956 unwiderruflich. Eben solche Versuche, die Einheit wieder herzustellen, riefen sofort Widerstand und Zweifel in den Parteireihen hervor – so wurde z.B. das vielerorts geforderte Ersetzen der Stalin-Zitate durch Lenin-Zitate als bedenkliche neue Version des „Personenkults“ gedeutet.¹²⁰ Darin zeigte sich die Problematik der Losung von der „Rückkehr zu Lenin“, die einerseits Demokratisierungspotential, andererseits aber auch Unsicherheit und Unverständnis mit sich brachte.

Die Parteien mussten sich daher auf ein Leben mit Differenz einstellen. Die Probleme mit den Neuerungen im Bereich der marxistischen Theoriebildung können als stellvertretend für alle gesellschaftlichen und historischen Narrative, die ein neues Legitimitätsfundament nach 1956 bilden sollten, betrachtet werden: sei es die auf wirtschaftlichen Aufschwung, soziale Sicherheit und Konsum gerichtete Reform (SED), sei es die utopisch aufgeladene Vision von der wissenschaftlich-technischen Revolution (KSČ) oder die er-

¹¹⁸ AAN, KC PZPR, Wydział Organizacyjny 237/VII-3719, KW Wrocław, Protokół z rady aktywu partyjnego z dnia 29. 3. 1956, Bl. 50.

¹¹⁹ AAN, KC PZPR, Wydział Organizacyjny 237/VII-2953, KW Katowice, Plenarne posiedzenia, 12.-13. 10. 1956, Bl. 220.

¹²⁰ AAN, KC PZPR, Wydział Organizacyjny 237/VII-3691, KW Wrocław, Protokół plenarnego posiedzenia 28. 5. 1956, Bl. 27, Zusammenfassung Kowarz; ebenda, Bl. 55, Diskussionsbeitrag Mitiera.

neute Verstärkung der nationalen Diskurse und Feindbilder (PZPR).¹²¹ Im gesamten Ostblock wurde einem neuen, „entstalinisierten“ Geschichtsbild der Partei ein großes Gewicht im Rahmen ihrer erneuerten Legitimierung zugeschrieben. Das dauerhafte Streben nach Stabilität durch das Erfinden und Etablieren neuer Großerzählungen setzte 1956 ein und begleitete die kommunistischen Systeme bis zu ihrem Untergang Ende der 1980er Jahre.

Auch wenn alle Versuche, neue Legitimationsangebote zu schaffen, in ihrer Wirkung begrenzt waren, so waren sie doch zugleich im Stande, bei einem Großteil der Parteimitglieder und des Repressionsapparats eine positive Resonanz hervorzurufen (es sollte nicht vergessen werden, dass mit Ausnahme von Prag 1968 alle Protestbewegungen in den kommunistischen Ländern nach 1956 ausschließlich von einheimischen Sicherheitskräften unterdrückt worden sind) und eine mögliche unerwünschte Dynamisierung zu steuern und einzudämmen. Dies galt für die polnische „kleine Stabilisierung“ (*mala stabilizacja*) in Kombination mit den verstärkten nationalen Diskursen der 1960er Jahre sowie für die „dynamische Entwicklung“ (*dynamiczny rozwój*) der frühen 1970er Jahre (der ersten Hälfte der Gierek-Periode) wie auch für die Husáksche „Konsolidierung“ (*konsolidace*) in der Tschechoslowakei nach 1970 oder den „entwickelten Sozialismus“ in der DDR. Erst die Perestrojka scheiterte als Muster der Herrschaftsintegration: vor allem daran, dass sie im Unterschied zu älteren Meistererzählungen nicht im Stande war, den Glauben an die Legitimität der Herrschenden, gerade auch durch die Parteimitglieder selbst, aufrechtzuerhalten. Aus dieser Sicht wurde das Ende der KSC-Herrschaft in der Tschechoslowakei nicht nur durch das Erwachen der Zivilgesellschaft und das recht schwer zu erklärende Bekenntnis von Millionen bisher völlig apathischer Bürger zu einigen kaum bekannten Dissidenten eingeleitet, sondern eher im Innenhof der Prager ČKD-Fabrik symbolisch besiegelt, als der Erste Sekretär der Prager KSC-Organisation Miroslav Štěpán, ein prototypischer Vertreter des späten Normalisierungsregimes, im November 1989 von den eigenen Leuten ausgebuht wurde.¹²²

Im Vergleich hierzu haben die kommunistischen Parteien in der Zeit nach 1956 noch ein starkes Integrationspotential besessen. Neben offensichtlichen Differenzen in der geopolitischen sowie der sozialen und wirtschaftlichen Situation unterschieden sich aus legitimitätsgeschichtlicher Sicht die beiden Umbruchsjahre 1956 und 1989 dadurch, dass 1956 in allen drei Parteien neue attraktive Legitimitätsnarrative entwickelt wurden, die für innerparteiliche

¹²¹ Als wirksame Integrationsangebote erkennt NEUTATZ (wie Anm. 2) für die Chruščev-Ära den technischen Fortschritt, für die Brežnev-Zeit dann vor allem das auf dem erhöhten Lebensstandard fußende Konzept der „Stabilität“.

¹²² „In keinem Land, weder einem kapitalistischen noch sozialistischen oder sich entwickelnden, ist es möglich, dass fünfzehnjährige Kinder darüber entscheiden, wer der Staatspräsident werden soll. Das ist leider passiert.“ Darauf die Menschenmenge: „Wir sind keine Kinder!“ Siehe <http://www.youtube.com/watch?v=YZuCECah6-w> (eingesehen am 3.05.2011).

Einheit sorgten. Zwar waren die Parteien durch die Kritik an dem Personenkult entzaubert, ihre Integrationskraft wurde jedoch mit jeweils unterschiedlichen Mitteln für eine gewisse Zeit wieder hergestellt, indem durch die Herausforderungen der Krise neue Integrationsmuster in Gang gesetzt wurden. Hinzu kam, dass 1956 die neuen Ereignisse überwiegend mit Hilfe der alten „leninistischen“ Semantik beschrieben wurden und damit auch ihre Sprengkraft begrenzt war. Es war noch möglich, gewisse Schichten der traditionellen Semantik zu aktivieren und sie legitimatorisch neu zu nutzen, wie z.B. die Rückkehr zu einem demokratisch-kollektivistischen Parteiverständnis. Im Unterschied dazu löste die semantische Öffnung der späten 1980er Jahre eine binnenparteiliche Pluralisierung aus, die zu einem endgültigen Konsenszerfall in den herrschenden Parteien führte.

Summary

Conflicting Communist Identities: Politicization and Legitimation of Power in the Communist Parties in East Central Europe after Stalinism

This article aims to tease out the transformation of communist identity and the sense of legitimacy within the ruling parties of the Eastern Bloc (particularly Poland, Czechoslovakia and the GDR) in 1956. It explores how communist identity was negotiated and reshaped beyond the highest level of party leadership and prominent communist intellectuals and how ordinary party members perceived this ideological turnabout. It seeks to demonstrate how the sense of belonging was articulated in the reflection of the parties' recent past by ordinary party members on a local level: functionaries, apparatchiks, propagandists and local party historians. In the aftermath of 1956, communist and working class identities were seriously challenged by renewed national, ethnic, confessional or regional identities in a steady process of exclusion and inclusion. Examining the de-Stalinization "from below", the study concludes that despite the earthquake-like ideological upheavals a new form of identity emerged among the parties' rank-and-file that, centered around the parties as an imperfect yet heroic collective, secured the sense of legitimacy for the decades to come.